



119. Sitzung

am Dienstag, dem 12. Dezember 2017, 14.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 10665

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten
Mechthilde Wittmann und Thorsten Schwab 10665

Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf
Vorschlag der SPD-Fraktion
**"Arme Kinder im reichen Bayern: Chancen-
gleichheit verwirklichen!"**

Natascha Kohnen (SPD)..... 10665
Joachim Unterländer (CSU)..... 10667
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER)..... 10668
Katharina Schulze (GRÜNE)..... 10669
Kerstin Schreyer (CSU)..... 10670
Doris Rauscher (SPD)..... 10671
Florian Hölzl (CSU)..... 10672
Gudrun Brendel-Fischer (CSU)..... 10673
Staatsministerin Emilia Müller..... 10674

Abstimmung
**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Ge-
schäftsordnung nicht einzeln beraten werden**
(s. Anlage 1)

Beschluss..... 10676

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt, Stefan Schuster u. a. (SPD)
Zukunftsprogramm Westmittelfranken
(Drs. 17/16204)

Beschlussempfehlung des
Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/19074)

Harry Scheuenstuhl (SPD)..... 10676 10678 10683
10685

Hans Herold (CSU)..... 10678

Walter Nussel (CSU)..... 10679

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter

Bauer (FREIE WÄHLER)..... 10681

Thomas Mütze (GRÜNE)..... 10682 10682 10683

Alexander Muthmann (fraktionslos)..... 10684

10685

Erwin Huber (CSU)..... 10684

Namentliche Abstimmung..... 10685

Ergebnis der namentlichen Abstimmung

(s. a. Anlage 2)..... 10692

Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld,
Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein u. a.
(SPD)

**Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen
beim Zentrum Bayern Familie und Soziales
nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018**
(Drs. 17/17552)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses
(Drs. 17/19160)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten - Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen (Drs. 17/17173)

Beschlussempfehlung des Sozialausschusses (Drs. 17/19312)

Doris Rauscher (SPD).....	10686	10689
Kerstin Celina (GRÜNE).....	10687	10689
Hans Herold (CSU).....	10688	10689 10689 10690
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	10690	
Claudia Stamm (fraktionslos).....	10691	

Beschluss zum GRÜNEN-Antrag 17/17173..... 10691

Namentliche Abstimmung zum SPD-Antrag 17/17552..... 10692

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/17552 (s. a. Anlage 3)..... 10696

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Sonderweg bei der Erbschaftsteuer beenden (Drs. 17/18270)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 17/19163)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechtssicherheit bei der Erhebung der Erbschaftsteuer wiederherstellen (Drs. 17/18251)

Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (Drs. 17/19162)

Dr. Herbert Kränzlein (SPD).....	10692
Thomas Mütze (GRÜNE).....	10693
Wolfgang Fackler (CSU).....	10694
Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER).....	10695

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/18270..... 10696

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/18251... 10696

Schluss der Sitzung..... 10696

(Beginn: 14.03 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 119. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegeheimung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich zwei Glückwünsche aussprechen. Heute begeht Frau Kollegin Mechthilde Wittmann einen runden Geburtstag. Herr Kollege Thorsten Schwab feiert heute ebenso seinen Geburtstag. Ich wünsche Ihnen beiden im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und weiterhin viel Erfolg für Ihre parlamentarischen Aufgaben.

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen jetzt zur Tagesordnung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGescho auf Vorschlag der SPD-Fraktion
"Arme Kinder im reichen Bayern:
Chancengleichheit verwirklichen!"**

Die Regeln der Aktuellen Stunde sind bekannt. Die fraktionslosen Abgeordneten Claudia Stamm, Günther Felbinger und Alexander Muthmann können jeweils bis zu zwei Minuten sprechen. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Kohnen; sie spricht für ihre Fraktion und hat zehn Minuten Redezeit. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist einer unserer letzten Sitzungstage vor Weihnachten. Danach wird es für die meisten von uns durchaus ruhiger, und wir können die Adventszeit genießen. Wir überlegen uns dann sicher, was wir in diesen Tagen

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wunderbares kochen könnten oder ob wir vielleicht ein paar Tage wegfahren. Wir schlendern über Christkindmärkte und kaufen Geschenke für Freunde, Partner und natürlich auch für unsere Kinder und Enkelkinder, Nichten oder Neffen. Es ist wirklich eine schöne Zeit für uns hier, weil wir uns keine Sorgen machen müssen, wie wir diese Dinge bezahlen sollen.

Aber es ist eben nicht für alle eine schöne Zeit. Für viele ist es sogar eine richtig schlimme Zeit, nämlich für all die Kinder, denen niemand etwas schenkt –

oder nicht das, was sie sich wünschen, weil es zu teuer ist.

Ich spreche hier nicht von einigen wenigen Kindern. Nein, fast 12 % unserer bayerischen Kinder und Jugendlichen sind von Armut gefährdet, das sind 245.000 an der Zahl. Ich sage Ihnen: Jedes einzelne Kind, das davon betroffen ist, ist ein Kind zu viel.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Es ist eine Schande. Dagegen müssen wir etwas unternehmen, und zwar sofort. Lassen Sie uns heute einfach miteinander darüber reden; denn die Kinder, um die es hier geht, können dies nicht. Sie haben keine Stimme, die gehört wird.

Ich habe eben von Geschenken gesprochen, die Kinder in Armut nicht bekommen, weil sie zu teuer sind. Aber das ist nur die kleine Spitze des Eisbergs. Darunter verbergen sich erst die wahren Probleme, die Kinderarmut mit sich bringt.

Armut bedroht die positive Entwicklung eines Kindes. Armut wirkt sich negativ auf Bildungswege aus und auf berufliche Chancen. Armut wirkt sich auch negativ auf die Gesundheit aus. Armut führt dazu, dass es nicht genügend – und schon gar nicht gesund – zu essen gibt.

Armut entscheidet auch darüber, ob du zu einer Gruppe gehörst oder nicht. Besonders dann, wenn Kinder älter werden – wer von uns Kinder hat, hat das selbst erlebt –, wird es wichtig, was die Freunde sagen. Wenn du arm bist, bist du nicht mehr dabei, weil du eben nicht mit ins Kino kannst und weil du nicht mit Freunden zu Hause Geburtstag feiern kannst, da die Wohnung dafür überhaupt nicht ausreicht und zu klein ist oder weil eben nicht genügend zu essen vorhanden ist, das du noch teilen kannst. Dann bist du raus, dann bist du abgehängt, schon zu Beginn deines Lebens, in das du eigentlich starten willst.

Das sind die Themen, die jeder am liebsten ausblendet, der davon nicht betroffen ist, weil das einfach an die Nieren geht. Es geht an die Nieren, wenn die meisten Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben, zwischen drei und sechs Jahre alt sind. Wir sprechen hier also von den Kleinsten in der Gesellschaft, den Schwächsten, die besonders viel Unterstützung brauchen. Wir sprechen von den Kindern Alleinerziehender; denn diese haben das höchste Armutsrisiko.

Was müssen wir also in Angriff nehmen, um diese Armut zu bekämpfen und Chancengleichheit tatsächlich herzustellen? Eines muss uns allen klar sein: Wir

haben es in der Hand, diese Kinderarmut zu bekämpfen.

Erstens darf der Besuch einer Kita nichts kosten;

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

denn schon hier beginnt die Chancenungleichheit in Bayern. Einige können sich das leisten, andere eben nicht. Die Kita ist und bleibt aber der Beginn von Bildung. Bildung, und dazu gehört auch frühkindliche Bildung, ist der entscheidende Schlüssel für das gesamte weitere Leben.

Zweitens brauchen wir endlich Ganztagschulen. Ein gutes Ganztagsangebot ist ein wichtiger Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit. Das ist doch nun wirklich schon in genügend Studien nachgewiesen. Hierbei sind wir in Bayern Schlusslicht. In Bayern brauchen wir mehr guten Ganztag.

(Beifall bei der SPD)

Zum Dritten: Alleinerziehende brauchen Hilfe, wenn sie beides, Job und Familie, schaffen wollen. Die Arbeitswelt muss sich diesen Familien anpassen und nicht umgekehrt. Deshalb muss es möglich sein, eine Ausbildung auch in Teilzeit zu absolvieren. Arbeit muss sich flexibler gestalten lassen, und wir brauchen das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit.

(Beifall bei der SPD)

Finanzminister Söder schrieb kürzlich – ich konnte es in einer Zeitung lesen –, das sei kein wirkliches Problem, mit dem man sich befassen müsse, es gebe ja ganz andere Probleme, die viel wichtiger seien. Aber für die Alleinerziehenden ist das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit ein lebenswichtiges Thema.

(Beifall bei der SPD)

Schließlich – so ehrlich muss man bei diesem Thema auch sein – ist festzustellen, dass die Leistungen, die von Bund und Land kommen, oft im Widerspruch zueinander stehen und nicht zielgerichtet sind. Sie reichen auch nicht aus; die Kinderarmut steigt permanent. Die Leistungen sind für die Betroffenen aber eben auch extrem unübersichtlich. Es ist viel zu kompliziert, sie abzurufen. Deshalb brauchen wir eine Kindergrundsicherung.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für die Betroffenen die einfachste und gerechteste Lösung. Damit stellen wir das Kind in den Mittelpunkt, seine Chancen und seine Bedürfnisse. Wenn wir hier in diesem Land 245.000 Kinder und Jugendli-

che haben, die betroffen sind, dann ist das ein wunderbares und richtiges Instrument.

Dann komme ich noch zu einem gewaltigen Thema, das wir endlich angehen müssen, weil es direkt mit der Armut zusammenhängt: die Wohnungssituation. Wohnen wird für Familien in Bayern immer mehr zur Armutsfalle. Ein Grund hierfür ist natürlich der stetig sinkende Bestand an Sozialwohnungen. 1999 hatten wir 255.000 Sozialwohnungen. Vergleichen wir das mit heute, stellen wir fest, dass sich der Bestand an Sozialwohnungen halbiert hat. Wir sind jetzt bei 138.000 Wohnungen. Seit 2003 sinkt der Bestand jedes Jahr, und die Kinderarmut steigt jedes Jahr.

(Beifall bei der SPD)

Nach Schätzungen – ich vermute, dass jetzt wieder ein Zwischenruf kommt – der Stadt München haben wir da draußen vor unserer Tür 1.600 obdachlose Kinder. Warum spreche ich hier nur von Schätzungen, Frau Sozialministerin? – Wir haben keine offiziellen Zahlen. Solche offiziellen Zahlen bräuchten wir aber in einer Wohnungslosenstatistik. Diese gibt es nicht. Hier wende ich mich direkt an Sie: Warum haben wir noch keine solche Statistik, um zielgerichtet arbeiten zu können? Welche Begründung gibt es dafür? Ich denke, ein einzelnes Kapitel im Sozialbericht reicht definitiv nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur wir als SPD, sondern auch die Wohlfahrtsverbände, die sich hauptsächlich um die Obdachlosen kümmern, fordern schon lange eine solche Wohnungslosenstatistik. Wir müssen endlich wissen, was in Bayern in diesem Bereich wirklich passiert.

(Beifall bei der SPD)

Nur dadurch, dass Sie keine Zahlen erheben, verschwindet die Obdachlosigkeit in unserem Lande nun wirklich nicht. Wir brauchen auch – das wissen Sie auch, Frau Müller – eine präventive Beratung für die Betroffenen. Hier ist die Staatsregierung nicht bereit, Investitionen vorzunehmen, damit die Menschen sich, bevor sie in Obdachlosigkeit stürzen, noch einmal orientieren und auch Hilfe bekommen können.

Klar ist: Sozialer Wohnungsbau und soziale Bodennutzung sind Thema Nummer eins in Bayern. Wir brauchen mindestens 20.000 geförderte Wohnungen pro Jahr, um innerhalb der nächsten fünf Jahre auch nur annähernd auf das Niveau von vor 20 Jahren zu kommen. Wir brauchen ein Sonderinvestitionsprogramm für Ballungsräume und eine gezielte Förderung im ländlichen Raum.

Darüber hinaus – ich selbst bin ja auch in einem Kreistag vertreten – müssen die Landkreise endlich berechtigt werden, sozialen Wohnungsbau zu betreiben.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es selbst in der Hand, Kinderarmut zu bekämpfen. Wir wissen, wie es geht; wir müssen es nur tun. Ich weiß, es gibt Bundesländer, in denen die Kinderarmut höher ist. Aber das ist kein Argument, auf dem wir uns als Bayern ausruhen dürfen. Bayern ist ein starkes Land. Bayern ist ein wohlhabendes Land; das heißt aber vor allem, dass wir mehr tun können; das heißt, dass wir eben keine Ausrede mehr haben, und das heißt, dass wir Kinderarmut in Bayern nicht zulassen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

Daher meine Aufforderung heute an alle hier im Hohen Hause: Lassen Sie uns über diese Vorschläge reden. Bringen Sie eigene Vorschläge, aber lassen Sie uns nicht gegenseitig die Vorschläge der anderen vom Tisch wischen, sondern lasst uns wirklich miteinander ins Gespräch kommen. Denn wenn wir diese Woche auseinandergehen, werden wir uns alle frohe Weihnachten wünschen. Sorgen wir dafür, dass es in Zukunft frohe Weihnachten für alle in unserem Lande gibt.

(Zurufe von der SPD: Bravo! – Anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Unterländer von der CSU. Bitte sehr.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Kohlen, in zwei Punkten stimmen wir sicherlich überein.

Der erste Punkt ist, dass jedes Kind, das in Armut lebt, ein Kind in Armut zu viel ist. Deswegen müssen wir alles tun, damit Armut vermieden werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Punkt: Es ist wichtig, dass wir uns in diesem Hohen Hause über jegliche Form der Bekämpfung von Armut unterhalten und vor allen Dingen auch entsprechende Maßnahmen – soweit sie in den Zuständigkeitsbereich des Freistaates Bayern fallen – ergreifen. Wir dürfen nicht nur reden, sondern wir müssen auch handeln, meine Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Zu einer solchen Analyse gehört, dass wir uns auch – Sie haben das kurz angesprochen; gestatten Sie, dass ich das etwas intensiviere – die Strukturen und die Zahlen genau ansehen, die wir hier im Freistaat Bayern haben.

Da darf man schon mit Fug und Recht behaupten: Im Freistaat Bayern ist die Situation, was die Kinderarmut anbelangt, wesentlich günstiger als in allen anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben einen Bundesdurchschnitt von 14,7 %; der bayerische Durchschnitt beträgt 6,8 %.

(Zurufe von der SPD)

Bei Alleinerziehenden ist zugegebenermaßen der Anteil mit 36,7 % aller Alleinerziehenden, die mit ihren Kindern von Armut betroffen sind, besonders hoch.

Fragen wir aber nun einmal nach den Gründen, warum die Lage bei uns in Bayern günstiger ist. Das hängt mit dem zusammen, was die primäre Aufgabe ist. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Arbeitsbedingungen sind für die Menschen in diesem Lande gut; der Arbeitsmarkt boomt. Da müssen wir alles tun, und da steht Bayern gut da.

(Beifall bei der CSU)

Gleiches gilt im Vergleich zu den Zahlen anderer Länder, was die Veränderungen in den familiären Netzwerken angeht, die bei uns zumindest im ländlichen Bereich stärker ausgeprägt sind als in anderen Regionen.

(Zurufe von der SPD)

Nun komme ich darauf, was aus unserer Sicht zu tun ist. Ich möchte zwei Gruppen in besonderer Weise hervorheben. Das sind zum einen die auch von Ihnen bereits angesprochenen Alleinerziehenden, die zu mehr als einem Drittel von Armut betroffen sind. Die Ursachen hierfür sind vielfältig; sie hängen mit der Arbeit und den Arbeitszeiten zusammen, aber auch mit nicht gezahltem Unterhalt. Sie hängen mit der Wohnungssituation zusammen, und sie hängen durchaus auch damit zusammen, dass die Sätze für Hartz IV bei Kindern nicht so sind, wie sie möglicherweise sein sollten. Wir müssen in diesem Zusammenhang auch feststellen: Wenn Armut aufgetreten ist, ist es schwer, aus ihr herauszukommen. Deswegen ist es unsere Aufgabe, meine Damen und Herren – nicht nur in der Sozialpolitik, sondern das ist eine Querschnittsaufgabe –, präventive Armutsbekämpfung vorzunehmen;

denn das Risiko, arm zu bleiben, ist 11,5-mal höher – das haben Wissenschaftler festgestellt – als das Risiko, arm zu werden. Das sind besondere Herausforderungen. Wir müssen deshalb auch entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Neben den Alleinerziehenden sind es die Mehrkinderfamilien, für die finanzielle Entlastungen besonders wichtig sind. Ihr Armutsanteil beträgt 16 %. Wir müssen auch sehen, dass manche Maßnahmen nicht richtig greifen, wie zum Beispiel das Teilhabe-Paket und Maßnahmen für Familien in Trennung und Scheidung. Unsere Aufgabe heißt also, die Instrumente ständig weiter zu überprüfen. Das ist eine klare Botschaft für den Vorrang der Familienpolitik in jeder Lebenssituation, damit Kinder nicht in Armut sind, damit Familien nicht in Armut sind. Das ist eine vorrangige politische Aufgabe, der wir uns alle stellen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat das Wort – – Entschuldigung; Herr Pfaffmann, hatten Sie sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet?

(Inge Aures (SPD): Das gibt es doch nicht in der Aktuellen Stunde!)

– Das gibt es bei der Aktuellen Stunde nicht. – Alles klar.

Jetzt hat Frau Kollegin Schmidt von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Unterländer, ich weiß nicht, auf welche Zahlen Sie sich bezogen haben. Ich möchte mich jetzt auf den Bayerischen Sozialbericht beziehen, der auf meinem Tisch liegt. Ich würde ihn gerne mit nach vorne nehmen, und ich würde gerne nachschlagen und würde es Ihnen gerne zeigen, Herr Unterländer: Die Armutsgefährdungsquote der unter 18-Jährigen ist auf 12,3 % gestiegen; das ist ein Prozentpunkt mehr als 2013. Im Sozialbericht stehen die Zahlen von 2015.

Sie haben recht: Aufgeschlüsselt nach Haushaltstyp ist es noch viel drastischer. In 36,7 % der Haushalte mit Alleinerziehenden sind die Kinder armutsgefährdet. Dies gilt auch für Familien mit mehr als drei Kindern. Das steht in diesem Riesensozialbericht auf vier Seiten, auf denen die Kinderarmut abgebildet ist.

Was bedeutet Armut bei Kindern? – Das ist der Verzicht auf gesundes Essen. Da gibt es Toastbrot mit Rama zum Frühstück. Das ist Verzicht auf Bildung.

Da gibt es kein zusätzliches Kinderbuch, und die kleine Raupe Nimmersatt wohnt nicht im Kinderzimmer. Erst recht gibt es keine Hobbys, keine Ferien, Einschränkungen bei der Kleidung und, was für Kinder ganz schlimm ist, Einschränkungen in der Mobilität. Da gibt es nicht einen Besuch bei der Freundin und eine Zugkarte oder Busfahrt extra. Nein, das gibt es da nicht.

Wenn es in Bayern so großartig wäre, Herr Unterländer, und wenn wir unterscheiden würden, stellt sich doch die Frage: Warum baut eine Jutta Speidel, die schon jahrelang Frühstücksaktionen für Kinder macht, die arm sind und ohne Frühstück in die Schule gehen

(Unruhe)

– also, mir ist das Thema jetzt wirklich zu ernst –, im reichen München ein Haus für 100 obdachlose Mütter und Kinder? Im Glockenbachviertel haben wir Kindertafeln, die Kinder mit Kleidung und Nahrung versorgen. Jedes einzelne Kind, das davon betroffen ist, ist eines zu viel. Wir können das auch mit anderen Ländern vergleichen. Ich weiß nicht, ob Sie Kinder oder Enkelkinder haben, aber Kinder, die keine Weihnachtsgeschenke bekommen – das stellt man sich bei Ihnen in der Familie gar nicht vor; bei mir auch nicht. Ich möchte die Enttäuschung dieser Kinder nicht miterleben.

Was ist, wenn der Zugang zu Bildung durch Armut erschwert wird? – Dann wird diese Armut weitervererbt. Das wissen Sie ganz genau. Wir kennen bestimmte Viertel und wir kennen bestimmte Familien, in denen die Armut einfach weitergegeben wird, weil aufgrund der geringen finanziellen Mittel keiner Zugang zur Gesellschaft hat. Von Kultur sprechen wir in diesem Bereich überhaupt nicht.

Wir brauchen einen Anspruch auf Ganztagsbetreuung, damit die Kinder auch Zugang zu Bildung haben. Wir brauchen Randzeitbetreuung und Ferienzeitbetreuung für Kinder. Wir sagen nicht Betreuung, da dies Kinderbildung und Zugang zu Bildung ist. Wir müssen schon jetzt den Kreislauf unterbrechen.

Herr Unterländer, Sie sagen, wir wollen das alle. Es tut mir leid: Wir haben genau diese Themen neulich im Ausschuss gehabt, als es darum ging, was wir machen können, zum Beispiel eine Teilzeitausbildung für jene Eltern, die bis jetzt keine Berufsbiografie hatten, mehr Unterstützung durch Familienzentren, was auch immer. Sie sagen, wir haben großartige Programme. Der übernächste Punkt ist, glaube ich, das Familienzentrum Bayern. Diese Programme müssen mit Geld ausgestattet werden; sie sind unterversorgt. So sieht es mit der Wertschätzung aus. Da machen wir dann einfach weiter mit Weihnachten im Karton oder sehen

am Freitag die "Sternstunden", wo wir uns dann einen Film über Kinder anschauen, die arm sind.

Ein kleiner Punkt – das aber nur in einem Nebensatz – wäre das Fach Lebenskunde, damit die Eltern dieser Kinder lernen, wie man mit wenig Geld zurechtkommt, nachdem außer dem Sammeln von Spenden und dem Verkauf gebastelter Sterne im Moment anscheinend keine Veränderung vorgesehen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schulze von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sorry, Herr Unterländer, ich glaube, das Kind, das mit leerem Magen in die Schule geht, wird nicht dadurch getröstet, dass Sie ihm sagen, dass es in anderen Bundesländern noch ärmere Kinder gibt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt beruhigt mich das überhaupt nicht. Das beruhigt auch das Kind nicht, und das beruhigt auch die Eltern nicht. Bei so etwas blutet mein Herz. Mich schmerzt auch sehr, dass gerade Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern besonders häufig arm sind. In einem reichen Land wie Bayern muss man sich doch einmal fragen: Woran liegt das, und was läuft da falsch? Ich kann Ihnen sagen, was falsch läuft: Das ist die Familienpolitik, die Sie als CSU zu verantworten haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ihre Familienpolitik ist aus der Zeit gefallen. In Ihrer Vorstellung ist es ganz oft noch so, dass der Papa arbeitet und die Mama zu Hause bleibt und höchstens halbtags arbeitet; die Kinder gehen bis Mittag in den Kindergarten oder in die Schule. Das ist für Sie der Normalfall, und wer in irgendeiner anderen Form etwas anders lebt, den halten Sie ganz insgeheim für einen Exoten.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Ich glaube, Sie haben eine Wahrnehmungsstörung!)

Aber dieses Bild ist ungefähr so zeitgemäß wie das Schwarz-Weiß-Fernsehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben Alleinerziehende, wir haben Patchworkfamilien, wir haben Eltern, die beide Vollzeit arbeiten, und alle möglichen anderen Konstellationen. Das ist

die bunte Wirklichkeit in unserem Bayern. Diese Wirklichkeit trifft leider auf eine Familienpolitik von gestern; denn wenn wir uns die Realität ansehen, sieht diese doch so aus, dass sich viele Familien oder Alleinerziehende mit privaten Netzwerken oder durch irgendwie bezahlte Betreuung an der Kluft zwischen dem Beruf und der Familie entlanghangeln. Viele schaffen dies eben leider nicht gut.

Wie soll denn Ihrer Meinung nach eine alleinerziehende Angestellte im Einzelhandel ihre Kinder von einem Halbtagsjob ernähren, den sie aber machen muss, weil es eben keine Ganztagsbetreuung gibt? Wie soll denn bitte eine vernünftige Zukunftsplanung funktionieren, wenn man ständig zittern und bangen muss, ob man den Krippenplatz wirklich bekommt, ob man sich den Kitaplatz leisten kann und ob das mit dem Hortplatz funktioniert? Und das noch, wenn man mehrere Kinder hat, bei jedem Kind. Mit Ihrer Familienpolitik fördern Sie nicht die Wahlfreiheit, sondern die Kinderarmut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der beste Schutz gegen Armut ist Erwerbsarbeit, vorausgesetzt, sie wird vernünftig bezahlt und lässt sich mit dem Familienleben vereinbaren. Zum Glück haben wir in Bayern sehr viel Erwerbsarbeit, auch wenn es an der Bezahlung in manchen Berufen noch hapert. Bei der Kinderbetreuung fehlt es dagegen an jeder Ecke und an jedem Ende.

Herr Unterländer, in einem Punkt gebe ich Ihnen recht: Sie haben gesagt, man sollte nicht nur reden, sondern man sollte handeln. Ich nehme Sie da einmal beim Wort. Wir brauchen endlich ein Förderprogramm für Kitas mit längeren Öffnungszeiten. Warum? – Damit die Betreuung auch am frühen Abend und in den Ferien gut klappt, wenn sie nötig ist. Würden Sie dafür das Geld investieren, das Sie für das unsinnige Betreuungsgeld ausgeben, könnten Sie damit alleinerziehenden und erwerbstätigen Menschen sehr viel besser helfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Menschen, die nicht genug verdienen, brauchen wir eine zielgenaue Förderung. Wir GRÜNE schlagen deshalb eine Kindergrundsicherung und einen Kindergeldbonus vor, der abhängig vom Einkommen gezahlt wird.

Lassen Sie mich zum Abschluss auf den Hauptpunkt kommen, und das ist der eigentliche Skandal bei uns in Bayern: Armut wird vererbt. Wer aus einer armen Familie kommt, hat weniger Chancen. Die jüngsten Studien aus den Grundschulen haben bestätigt, dass dieser Skandal weiter andauert. Ich denke, der An-

spruch unserer Schulen muss sein: Egal, woher du kommst, egal, was deine Eltern von Beruf sind, dir stehen die gleichen Chancen offen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen deshalb viel mehr Ideen entwickeln und Zeit und Geld investieren, um alle Kinder zu fördern. In einer heterogenen Gesellschaft ist das nur möglich, wenn wir uns mehr um die einzelnen Kinder kümmern, also die Individualität in den Vordergrund stellen. Die Digitalisierung bietet hervorragende Möglichkeiten, um individuell und zielgenau zu fördern. Ich finde, wir sollten sie endlich stärker nutzen. Klar ist aber auch, dass durch die Digitalisierung für die Lehrkräfte andere Aufgabengebiete und andere Herausforderungen entstehen. Deswegen sind wir GRÜNEN der Auffassung, dass wir zumindest in den Grundschulen eine zweite pädagogische Kraft in den Schulklassen brauchen. Wir brauchen mehr Personal, damit die individuelle Förderung besser funktioniert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte, dass in Bayern jedes Kind die gleichen Chancen hat. Ich möchte, dass sich in Bayern jedes Kind entfalten kann. Ich möchte außerdem, dass jedes Kind aus der Armutsfalle entkommen kann. Dafür können wir hier im Bayerischen Landtag die Weichen stellen. Also: Anstatt nur zu reden, handeln wir endlich! Unterstützen Sie unsere Forderungen, und setzen Sie diese Forderungen endlich um!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Schreyer von der CSU-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kohnen – Entschuldigung. Ich habe die falsche Kollegin angesprochen. Gott sei Dank haben hauptsächlich Kolleginnen gesprochen, was in der Politik nicht immer selbstverständlich ist. – Frau Schulze, Sie haben in der Theorie dargestellt, dass Sie gern mehr Förderung in den Abendstunden hätten. Das kann ich gut verstehen. Die CSU-Fraktion war bei dieser Forderung Gott sei Dank schneller.

(Markus Rinderspacher (SPD): Aber nicht an der Realität!)

Wir haben mit dem Kombi-Modell ein Angebot geschaffen. Die Wahrheit ist aber, dass die Nachfrage häufig nicht da ist. Frau Kollegin, ich weiß nicht, ob

Sie sich das vorstellen können: Es gibt immer noch Eltern, die ihr Kind bewusst zu Hause oder teilweise zu Hause erziehen wollen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Wahlfreiheit! – Horst Arnold (SPD): Wenn sie es sich leisten können!)

Wir alle sind logischerweise keine solchen Eltern; denn sonst würden wir nicht hier stehen. Daran merkt man, dass das Theorie ist. Sie haben recht: Die Plätze gibt es nicht überall. In München gibt es diese Plätze häufig nicht, im restlichen Bayern sieht es um Längen besser aus. Die Situation ist nicht überall gleich. Nicht jeder braucht eine Betreuung am Abend. Das Kombi-Modell ist ein Angebot, aber dafür muss auch die Nachfrage passen. Sei's drum. Diese Diskussion ist spannend.

Wir sind uns sicherlich einig: Jedes Kind, das in Armut lebt, ist ein Kind zu viel. Ich glaube, dass jeder von uns aus seinem Blickwinkel heraus versucht, alles zu tun, damit kein Kind in Armut lebt. Die Wahrheit ist aber, dass wir es nicht schaffen werden, dass kein Kind in Armut lebt. Wir alle müssen uns bei diesem Thema anstrengen.

Eines aber ist wichtig: Wir müssen es schaffen, dass jede Familie ausreichende finanzielle Möglichkeiten hat. Deswegen bin ich sehr froh, dass wir rund 4,9 Milliarden Euro in den Doppelhaushalt einstellen werden. Es ist nicht zutreffend, dass wir nichts einstellen würden. Ich stimme Ihnen zu, dass wir trotzdem nicht jedes Kind erreichen werden. Sie müssen aber anerkennen, dass wir Geld einstellen.

Mir ist wichtig, dass jede Familie für sich entscheiden kann, ob sie ihre Kinder betreuen lässt oder nicht. Der Zwischenruf von Herrn Kollegen Arnold war richtig, dass sich die Familien das leisten können müssen. Deswegen müssen wir unseren Blick zum einen auf die Alleinerziehenden, zum anderen aber auch auf die Familien mit vielen Kindern richten. Für diese Gruppen muss eine echte Wahlfreiheit bestehen. Ich freue mich deshalb darüber, dass uns sicher jeder beim Betreuungsgeld unterstützen wird; denn das ist ein Teil der Wahlfreiheit. Im Wahlprogramm der GRÜNEN habe ich gelesen, dass Sie das Landeserziehungsgeld abschaffen wollen. Auch das Landeserziehungsgeld ist ein Teil der Wahlfreiheit. Damit werden die Familien in die Lage versetzt, zu entscheiden und nicht in die Armut zu fallen. Vielleicht können Sie in diesem Punkt bei Ihrem nächsten Wahlprogramm eine Weiterentwicklung durchsetzen.

Beim Landeserziehungsgeld war es wichtig, die Einkommensgrenzen anzuheben. Hier sind wir ein großes Stück weitergekommen. Ich könnte mir aber noch

weitere Fortschritte vorstellen. Im Rahmen der "Jamaika"-Verhandlungen gab es Bestrebungen, bei der Mütterrente für Mehrkinderfamilien weiterzukommen. Das wäre ein Beitrag zur Reduzierung der Altersarmut, nicht der Kinderarmut. Wir sollten an jeder Stelle helfen, damit kein Mensch in Armut leben muss.

Der Unterhaltsvorschuss ist gerade für die Alleinerziehenden wichtig. In der letzten Legislaturperiode wurde Gott sei Dank erreicht, dass diese Leistung rückwirkend nicht nur für die Kinder bis zwölf Jahren, sondern für die Bis-Achtzehnjährigen gewährt werden kann. Für viele Alleinerziehende ist dies ein großer und wichtiger Schritt.

(Horst Arnold (SPD): Das war eine SPD-Forderung!)

– Ich finde es schön, dass wir dies in der Großen Koalition hinkriegen haben. Ich vermute, Sie alle werden mithelfen, dass wir die Große Koalition beibehalten, damit wir solche Forderungen gemeinsam durchsetzen können. Ich freue mich auf die aktive Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion, die dazu sicherlich einen großen Beitrag leisten wird.

(Beifall bei der CSU)

Wichtig sind natürlich auch Themen wie das Baukindergeld. Darüber wird in Berlin verhandelt werden. Der Erwerb von Eigentum ist natürlich auch für Menschen, die knapp über der Armutsgrenze leben, eine Prävention gegen Armut.

Wir haben viele Forderungen umsetzen können. Ich brauche nicht für alles eine Statistik. Ich würde mich freuen, wenn wir es schaffen, dass die Kinder hier nicht in Armut leben müssen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, dass auf allen Ebenen ein Beitrag dazu geleistet wird.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Diese Rede war ein Armutszeugnis!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächste hat Frau Kollegin Rauscher von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin Müller, in der Politik gibt es viele wichtige Themen. Eine ganz besondere Herausforderung ist aber das Thema, das wir heute in die Aktuelle Stunde gebracht haben, nämlich das Thema Kinderarmut. Es ist keine Schande, arm zu sein. Eine Schande ist es aber, zu wenige Maßnahmen zu ergreifen, um Kindern und Familien zu helfen, aus der Armut herauszukommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Vorschläge!)

– Herr Kollege, Sie sollten einmal Vorschläge einbringen. Gerade haben zwei Redner von der CSU-Fraktion gesprochen. Die einzige Initiative, die sie in ihren Redebeiträgen genannt haben, ist die Initiative der früheren Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig von der SPD, den Unterhaltsvorschuss auszuweiten. Mich wundert es nicht, dass Sie sich wieder nach einer GroKo sehnen; denn die familienpolitischen Initiativen sind alle von der SPD gekommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin Mitglied des sozialpolitischen Ausschusses und Fachsprecherin meiner Fraktion für dieses Thema. Von Ihnen kommen zu diesem Thema keine Initiativen. Die einzige Initiative, die ich wirklich positiv bewerten würde – und das war ein langer und zäher Weg –, war der ganzheitliche Ansatz, um Familien aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszubringen; denn davon profitieren natürlich auch die Kinder. Alle anderen Maßnahmen finden entweder nicht statt oder sind so hauchdünn, dass sie keine kraftvolle Politik ausmachen. Und wissen Sie was? – Wenn wir von 250.000 Kindern in Armut sprechen, am Ende nur noch 230.000 draußen bei minus 20 Grad frieren, dann ist einem Teil der Kinder zwar geholfen, aber ein Großteil friert immer noch. Wissen Sie, wir brauchen eine Sozialpolitik, die Armut von Kindern nicht nur ansatzweise entgegenwirken möchte, sondern Kinderarmut abschafft. Das muss die politische Forderung sein.

(Beifall bei der SPD)

Und das vermisste ich noch mehr, als ich es vielleicht in Ansätzen bei der Ministerin vermisste, bei der CSU-Landtagsfraktion. Es kommt von Ihnen schlichtweg nichts,

(Zuruf von der CSU)

keine Initiativen, nicht ansatzweise. Wie gesagt, unter kraftvoller Politik stelle ich mir etwas ganz anderes vor.

(Zuruf von der SPD)

Gerade in der Weihnachtszeit wird, wie die Kollegin Natascha Kohnen es eingangs schon kurz skizziert hat, Armut von Kindern in besonderer Weise deutlich. Erzieher, Sozialpädagogen und Lehrer bekommen sie in elf Monaten des Jahres ganz deutlich mit. Vor Weihnachten ist es plötzlich Thema im Land, weil es dann ganz viele Initiativen, Spendengalas usw. gibt, um für Kinder und gegen Kinderarmut anzutreten und

mit ein bisschen Geld wenigstens für die nötigste Linderung zu sorgen.

Wissen Sie, was noch dazukommt? – Ich bin mir nicht sicher, ob Ihnen eigentlich bewusst ist, was für ein sozialer Unfrieden mit dem Thema Kinderarmut geschürt wird. Es ist für den sozialen Frieden zentral wichtig, gegen Kinderarmut einzutreten. Deswegen hat das aus meiner Sicht einen ganz besonders hohen politischen Stellenwert.

Sämtliche Oppositionsparteien hier im Bayerischen Landtag haben sich die letzten Jahre unglaublich bemüht, gute Initiativen einzubringen; es ist nicht eine von der Mehrheitsfraktion hier im Hohen Haus angenommen worden. Da stelle ich mir schon die Frage, ob Sie es mit dem Thema wirklich ernst meinen oder ob wir auch heute wieder nur Ihre Sonntagsreden hören, dass jedes einzelne Kind, das unter Armut leidet, eines zu viel sei. Glaubwürdigkeit sieht anders aus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Bei allen Initiativen, egal ob es um bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, um Kita, bedarfsgerechten Ganztags- oder familienfreundliche Arbeitszeiten geht, verhalten Sie sich unglaublich zurückhaltend und führen immer sehr fadenscheinige Argumente an, warum Sie einem Antrag der Opposition wieder einmal nicht zustimmen können.

Und wissen Sie, was noch ganz erschwerend dazu kommt; denn Armut hat viele Gesichter? – Es geht nicht nur um das fehlende Geld im Geldbeutel, sondern es geht auch darum, dass die gesundheitliche Situation bei Kindern mit sozial schlechterem Status deutlich schlechter ist als bei Kindern mit einem sozial besseren Status. Diese Langzeitprobleme und Langzeitschäden haben letztendlich auch Auswirkungen auf einen Staatshaushalt. Dessen müssen Sie sich mal bewusst sein. Wenn wir präventiv gegen Kinderarmut vorgehen wollen, dann müssen wir wirklich präventiv ansetzen und nicht nur hier schöne Reden schwingen. Kolleginnen und Kollegen der CSU-Landtagsfraktion, jetzt sind wir am Jahresende, aber bitte nutzen Sie das anstehende Jahr, um wirklich gegen Armut vorzugehen. Dazu fordern wir Sie auf. Nehmen Sie dieses Thema endlich ernst!

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege

Hölzl von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Hölzl (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin dafür, nicht mit Schaum vor dem Mund ein Bild dieses Landes zu zeichnen,

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Doris Rauscher (SPD): Engagiert! – Weitere Zurufe von der SPD)

das nichts mit der Realität zu tun hat, sondern in aller Ruhe einen Wettbewerb der Ideen durchzuführen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Armutsgefährdung von Kindern steht immer auch im Zusammenhang mit der elterlichen Armutsgefährdung. Wer sich schwer tut, am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, läuft schneller Gefahr, in Armut abzurutschen. Von daher speist sich die Sozialpolitik der CSU-Landtagsfraktion aus der Überzeugung heraus, dass Arbeit Armut verhindert. Gemeinsam mit den Tarifparteien betreiben wir im Freistaat Bayern aktiv Beschäftigungspolitik, und die Fakten sprechen für sich.

(Horst Arnold (SPD): Befristet!)

In Bayern herrscht Vollbeschäftigung. Mit einer Arbeitslosigkeit von nur 2,9 % haben wir im November den tiefsten Stand erreicht, der jemals in einer Arbeitslosenstatistik im November ausgewiesen wurde.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Sie reden doch an der Sache vorbei! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich weiß, Sie hören das nicht gerne, dass die Beschäftigung im Kontext mit der Armutsgefährdung der Eltern steht und mittelbar mit der der Kinder.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Paul Wengert (SPD) – Kerstin Schreyer (CSU): Also bitte!)

Wir werden diesen Weg konsequent weitergehen und werden Sozial- und Wirtschaftspolitik nicht als zwei widerstreitende Politikfelder auffassen, sondern als zwei Seiten ein und derselben Medaille.

(Anhaltende Unruhe)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich glaube, die Sache ist zu ernst, als dass wir sie hier in gegenseitiges Geschrei ausarten lassen. – Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian Hölzl (CSU): Danke, Herr Präsident. – Wir haben bei unserer Politik natürlich ganz besonders die Alleinerziehenden und die kinderreichen Familien im Blick.

(Horst Arnold (SPD): Ach was?)

Die Kollegin Schreyer hat es angesprochen: Zum einen machen wir das mit unseren finanziellen Leistungen wie dem Landesbetreuungsgeld und dem Landeserziehungsgeld, aber vor allem treiben wir im Freistaat Bayern den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze mit den Trägern kräftig voran. Meine sehr geehrten Damen und Herren, eines ist klar: Nur wenn junge Eltern Arbeit und Familie unter einen Hut bekommen können, können sie in Beschäftigung sein, und nur dann können wir Armut effektiv vorbeugen.

(Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

Wir haben allein seit 2008 80.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren geschaffen. Dafür wurden 1,4 Milliarden Euro bereitgestellt. Welches andere Land in Deutschland ist zu solch einem Kraftakt fähig, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CSU)

Was mir wichtig ist: Wir ruhen uns nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern wir blicken mit unserem vierten Sonderinvestitionsprogramm in die Zukunft. Wir stellen mit unserem vierten Sonderinvestitionsprogramm zusätzlich 178 Millionen Euro für die Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt zur Verfügung. Eine durchschnittliche Gemeinde mit durchschnittlicher Finanzkraft kann sich auf einen Fördersatz von 85 % freuen. Und wir setzen unsere flankierenden Maßnahmen fort, meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Beispiel unseren Familienpakt Bayern.

(Lachen bei der SPD)

Der Familienpakt Bayern ist ein geschätztes Instrument, um in unserer Wirtschaftswelt ein familienfreundliches Klima zu schaffen. Wir werden nicht ruhen, am Familienpakt Bayern festhalten, die Weiterbildung forcieren, die Betriebe unterstützen, wenn sie betriebliche Kinderbetreuungsangebote vorhalten, und wir werden die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wir werden Homeoffice und Jobsharing nicht als Risiko begreifen, sondern als Chance, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Brendel-Fischer von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke,

wir müssen uns einig sein, dass Armutsgefährdung immer in erster Linie davon abhängt, wie die Sozialpolitik und die Bildungspolitik, aber natürlich auch die Wirtschaftspolitik in einem Land laufen. Da kann sich Bayern sehr wohl sehen lassen.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Schreien Sie doch nicht so hysterisch herum! Da bekommt man ja Zustände.

(Beifall bei der CSU)

Die Zahl 240.000 oder 250.000, die Sie hier andauernd zum Besten geben, muss man genau anschauen. Die Sozialverbände melden hier immer eine weit aus niedrigere Zahl. Aber wir wollen natürlich auch diese Zahlen minimieren. Sie sagten, wir hätten keine Initiativen gestartet. Schauen Sie die Familienhebammen an, die Harl.e.kin-Projekte, die unmittelbar nach der Geburt ansetzen, wo wir bereits von Expertinnen und Experten identifizieren lassen, wo es Probleme geben kann und wo es hakt. Wir sind also frühzeitigst unterwegs, auch hier präventiv dabei zu sein.

Was die frühkindliche Bildung angeht, hat der Kollege Hölzl gerade Stellung genommen. Aber auch im Grundschulbereich sind wir dabei, mehr Förderangebote vor allem für Kinder aus einkommensschwächeren Familien zu unterbreiten. Dass für sie die Kindertagesstätten und die Krippen kostenfrei sind, ist heute auch noch nicht erwähnt worden. Das ist eine Selbstverständlichkeit: Der Zugang zur frühkindlichen Bildung ist jedem Kind in Bayern offen.

Sie wissen auch, dass mittlerweile knapp 240.000 Grundschulkinder die Ganztagsbetreuung besuchen können. Der Bedarf wird von den Gemeinden erhoben. Die Kommunen sind für eine geordnete Kinderbetreuung verantwortlich. Die Kassen in Bayern sind hierfür gefüllt. Es liegt an den Kommunen, noch mehr Mittel abzurufen. Meine Damen und Herren, die Sie sich auf kommunaler Ebene betätigen, greifen Sie es an und animieren Sie Ihre Bürgermeister, die vielleicht die Entwicklungen verschlafen haben.

Wir sorgen auch für Qualifizierung, um die Kompetenzen der betreuenden Personen zu steigern. Wir verbessern mit FAGplus die Raumprogramme. Ich möchte auch auf die Novellierung des Summenraumprogramms für die Kindertagesstätten hinweisen.

Bei den nationalen Vergleichsstudien schneiden wir wie die anderen Bundesländer auch gut ab. Bei Vergleichen der Kompetenz und des sozialen Status kommen wir immer mehr in die Spur, sodass der so-

ziale Hintergrund nicht mehr in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den Bildungschancen steht.

(Doris Rauscher (SPD): Wie wollen Sie das tun?)

– Frau Rauscher, Sie sind Lehrerin, Sie wissen genau – –

(Doris Rauscher (SPD): Ich bin nicht Lehrerin!)

– Dann sind Sie es nicht. Von heute auf morgen geht so etwas nicht. Wir können in Bayern Perspektiven bieten, damit Armut nicht vererbt wird, indem wir bei den guten wirtschaftlichen Gegebenheiten der heutigen Zeit Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Die Wirtschaft ist auch auf dem Weg, zusätzliche Möglichkeiten des Kompetenzerwerbs zu schaffen, wenn sich Jugendliche in der Ausbildung in der Berufsschule schwertun.

Ich bin auch stolz darauf und froh darüber, dass wir in Bayern ein so hohes ehrenamtliches soziales Engagement haben, und zwar unabhängig von dem, was der Staat macht. Es ist erfreulich, wenn Wohlhabende, zum Beispiel Rotary Clubs oder Lions Clubs immer wieder Initiativen ergreifen und in der Gesellschaft schauen, wo sie helfen und wo sie nachhaltig etwas für Bildung und für Entwicklungschancen tun können.

Ich frage mich, meine Damen und Herren von der Opposition – Herren haben hier weniger gesprochen –, wie Sie Ihre Redebeiträge formulieren würden, wenn Sie in Mecklenburg-Vorpommern, in Berlin oder sonst wo sprechen würden. Da können Sie das rauslassen, aber doch nicht bei uns.

(Beifall bei der CSU – Horst Arnold (SPD): Da gibt es schon seit ewigen Zeiten Ganztagsbetreuung! – Volkmar Halbleib (SPD): In Bayern gibt es keine armen Kinder? – Glocke des Präsidenten)

Ich habe noch 50 Sekunden, die würde ich gerne ausschöpfen. Armut gibt es nicht nur in Bayern, sondern weit mehr in den anderen Bundesländern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Jenseits aller Realität!)

Wir machen uns auf den Weg, noch energischer vorzugehen und gute Beiträge abzugeben. Bei uns gibt es auch bei der Integration von ausländischen Jugendlichen nicht die Probleme, die es in SPD-geführten Ländern gibt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Realitätsverweigerung ist das, Frau Kollegin!)

Wir haben keine Parallelgesellschaften in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb, meine Damen und Herren: Ruhig Blut und frohe Weihnachten!

(Beifall bei der CSU – Dr. Paul Wengert (SPD): Weiter so! – Volkmar Halbleib (SPD): Wenn Sie so mit einem solchen Thema umgehen, ist das keine Glanzstunde!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Wenn wir uns wieder beruhigt haben, hat Frau Staatsministerin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Vielen Dank, Herr Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich bei Gudrun Brendel-Fischer und bei den anderen Kolleginnen und Kollegen der CSU für ihre Ausführungen bedanken.

(Dr. Paul Wengert (SPD): Fürs Nichtstun!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, ich weiß nicht, in welchem Land Sie leben, wenn ich Sie höre.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das frage ich Sie auch!)

Da habe ich das Gefühl, dass Bayern wirtschaftlich abgehängt ist und schlecht dasteht.

(Natascha Kohnen (SPD): Haben Sie nicht zugehört?)

Ich sage Ihnen, das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Ich traue mich, das zu sagen. Ich bin in ganz Bayern unterwegs.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir auch!)

Ich sehe die Unterschiede.

(Markus Rinderspacher (SPD): "Arme Kinder im reichen Bayern" heißt es! – Volkmar Halbleib (SPD): So heißt die Überschrift!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Halbleib, beruhigen Sie sich!

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Ich habe ganz andere Erfahrungen gemacht.

(Horst Arnold (SPD): Keine Ahnung!)

Wir haben eine positive Grundstimmung. Ich spüre die Innovationskraft, und ich will, dass die gute Stimmung auch überall ankommt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Themaverfehlung!)

Die Chancengleichheit für Kinder in Bayern ist ein Credo bayerischer Familien- und Jugendpolitik. Das ist auch mir persönlich ein Herzensanliegen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann müssen Sie mehr tun!)

Wir stehen in Bayern mit der Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche gut da. Die Zahlen zeigen es: Die Arbeits- und Lebensbedingungen für Kinder und Familien sind besser als in jedem anderen Bundesland. Das darf man wohl auch sagen.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die besten Beschäftigungsbedingungen. Wir haben in Bayern Vollbeschäftigung. Das sage ich, auch wenn es manchem nicht gefällt. Wichtig ist, dass Eltern einen guten und sicheren Arbeitsplatz haben, um den Lebensunterhalt für die ganze Familie bestreiten zu können. Deshalb leben Familien in Bayern besser als anderswo. Mir ist es auch ein Anliegen, immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir die Jugendarbeitslosigkeit besiegt haben. Schauen Sie sich einmal in Europa um, wie es in anderen Ländern aussieht. Bei uns hat jeder ausbildungswillige und ausbildungsreife Jugendliche die Möglichkeit, einen Ausbildungsplatz zu finden. Jeder, der jetzt noch einen Ausbildungsplatz sucht, kann auf zehn Ausbildungsplätze zurückgreifen. Deshalb sind nirgendwo in Deutschland weniger junge Menschen auf Hartz IV angewiesen als in Bayern. Nur 6,8 % der unter Achtzehnjährigen in Bayern leben vom Sozialgeldbezug. Bundesweit ist diese Quote mehr als doppelt so hoch.

(Horst Arnold (SPD): Das ist doch Erbsenzählerei!)

– Das machen Sie doch auch.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das war jetzt gut!)

Kein anderes Bundesland unterstützt Familien besser als wir. Im Doppelhaushalt 2017/2018 gehen fast 5 Milliarden Euro allein in die Familienpolitik. Wir ruhen uns nicht auf unseren Erfolgen aus. Das möchte ich hier auch noch einmal sagen; denn es gibt auch in Bayern Kinder und Jugendliche, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen. Deren Situation verbessern wir laufend mit unseren Maßnahmen.

Ich möchte schon einmal aufzählen, was wir tun. Wir haben die Krippenplätze ausgebaut. Wir bauen die Kita-Plätze weiter mit dem vierten Sonderinvestitionsprogramm aus. Wir unterstützen die Eltern mit der Wirtschaftlichen Jugendhilfe, vor allem dann, wenn sie die Kita-Gebühren nicht bezahlen können. Wir bauen die Ganztagsbetreuung weiter aus, und wir unterstützen Kinder, wenn sie ohne Frühstück in die Schule kommen. Wir unterstützen "Brotzeit", wir unterstützen den BLLV, und wir setzen uns für mehr Chancengerechtigkeit ein. Das heißt, wir müssen die Lebenssituation der Familien in all ihren Facetten sehen und verbessern. Zentral sind dabei die finanzielle Situation sowie Bildungs- und Teilhabechancen.

Genau dort setzen wir mit unseren Maßnahmen auch an. Wir haben bei der finanziellen Entlastung von Familien große Fortschritte erzielt. Ich will Ihnen dafür einige Beispiele nennen: Den ausgeweiteten Unterhaltsvorschuss gibt es seit Juli 2017. Auch wenn ihn eine Ministerin der SPD eingeführt hat, so sind wir doch gemeinsam an der Regierung gewesen und haben gemeinsam unsere Themen vorangebracht. Wir haben den Unterhaltsvorschuss für alle minderjährigen Kinder beschlossen. Diese Ausweitung der Leistung ist ein Meilenstein für alleinerziehende Mütter, wenn der andere Elternteil keinen Kindesunterhalt bezahlt.

Auch das Landeserziehungsgeld haben wir weiter verbessert, damit noch mehr Familien davon profitieren können. Es kann neben dem Betreuungsgeld bezogen werden, und so entlastet es vor allem kinderreiche Familien und Alleinerziehende, für die wir die Einkommensgrenzen stärker als für die Paare angehoben haben. Wir wollen Kinder zielgerichtet unterstützen. Deswegen müssen diese und andere Transferleistungen, unter anderem das Kindergeld und der Kinderzuschlag, zielgerichtet weiterentwickelt werden. Die von der Opposition vorgeschlagene allgemeine Kindergrundsicherung hilft hier nicht. Wir müssen zielgenau schauen, wo wir nachbessern müssen und noch bessere Unterstützung leisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns auch einig, dass die Voraussetzung für Chancengerechtigkeit gute Bildungschancen sind. Bildung beginnt in den Familien. Deswegen bauen wir auf die Eltern und stärken sie durch ein bundesweit einzigartiges Netz an Beratungs- und Unterstützungsangeboten für ihre Elternkompetenz. Daneben sind der Ausbau der Kindertagesbetreuung und eine hohe Bildungsqualität seit Jahren ein wichtiger Schwerpunkt bayerischer Familienpolitik. Kein anderes Bundesland hat so viele Landesmittel in den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren investiert.

Liebe Kollegen, wir haben das vierte Sonderinvestitionsprogramm auf den Weg gebracht. Ich habe es vorhin gesagt. Wir bauen zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt aus. Ich finde, das Geld ist wichtig und gut angelegt. Wir bauen bedarfsgerecht aus und nicht einfach so ins Blaue. Wir haben uns auch für die kommenden Jahre einiges vorgenommen, um die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen besser zu fördern. Wir wollen Familien finanziell noch stärker entlasten und dazu auf Bundesebene ein deutlich höheres Kindergeld erreichen. Wir wollen einkommensschwächere Familien durch Reformen mit zielgenauen Leistungen noch besser unterstützen, etwa beim Kinderzuschlag. Wir wollen die Ganztagsbetreuung von Schulkindern weiterentwickeln, um berufstätigen Eltern eine Entlastung zu gewähren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in keinem anderen Bundesland haben Kinder und ihre Eltern so gute Lebens- und Arbeitsbedingungen, wie das in Bayern der Fall ist. Das ist eine gute Basis. Darauf bauen wir; denn unser Ziel ist und bleibt: Kein Kind darf verloren gehen. Wir wollen Chancengleichheit für alle Kinder.

Abschließend darf ich auf diejenigen zurückkommen, die Frau Kohnen vorhin erwähnt hat, nämlich auf die Wohnungslosen in Bayern. Gerade in der Zeit vor Weihnachten ist das ein Thema, das uns alle berühren muss. Darum haben Sie das vorhin angesprochen. Wir wollen, dass der Wohnraum bezahlbar ist, auch in den großen Städten. Das ist eine riesige Herausforderung. Das wissen Sie als Münchnerin so gut wie ich. Liebe Frau Kohnen, wir haben uns im Rahmen des Vierten Sozialberichtes ausführlich mit dem Thema Wohnungslose beschäftigt. In diesem Sozialbericht gibt es eine Wohnungslosenstatistik. Ich glaube, nachlesen ist eine gute Geschichte. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass die SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 3 namentliche Abstimmung beantragt hat. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/16204 betreffend "Zukunftsprogramm Westmittelfranken". Weiterhin hat die SPD-Fraktion zum Tagesordnungspunkt 4 namentliche Abstimmung beantragt. Das ist der Antrag auf Drucksache 17/17552 betreffend "Verzicht auf die Sperre freier werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und

Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018".

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden
(s. Anlage 1)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Fraktionslose Kollegen sind nicht anwesend; dann hat sich das erübrigt. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl,
Klaus Adelt, Stefan Schuster u. a. (SPD)
Zukunftsprogramm Westmittelfranken
(Drs. 17/16204)**

Zu diesem Antrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Das habe ich eben schon verkündet.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 24 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei bekanntermaßen an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Scheuenstuhl von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es hallt gut. Ich hoffe, die Lautstärke passt. – Bevor ich mich zum inhaltlichen Teil meiner Rede begeben möchte, möchte ich darauf hinweisen, dass der vorliegende Antrag im Wesentlichen mit der Industrie- und Handelskammer Westmittelfranken abgestimmt wurde. Im Antrag zeigen wir neun Punkte für ein Zukunftsprogramm für Westmittelfranken und insbesondere für Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf auf. Im Einzelnen geht es um die Teilbereiche Verkehrsinfrastruktur, ÖPNV, Breitbandversorgung, Forschungseinrichtungen, Tourismus, eine Entwicklungsagentur, die Anpassung der

Höchstfördersätze in Räumen mit besonderem Handlungsbedarf, staatliche Weiterbildungseinrichtungen sowie die flächendeckende ärztliche Versorgung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für Menschen außerhalb von Altbayern haben diese hier aufgezählten strukturpolitischen Felder eine lebensverändernde und zukunftsweisende Bedeutung. Wir in Mittelfranken und insbesondere in der Planungsregion 8 in Westmittelfranken, die nicht von der wirtschaftlichen Dynamik rund um den Speckgürtel des Städtedreiecks Nürnberg-Erlangen-Fürth profitieren, fühlen uns nach Ansicht der CSU-Fraktion einfach nur ungerecht behandelt. CSU-Kollege Nussel hat in den Ausschussberatungen erläutert, dass bei allen Bemühungen nicht ein bestimmter Raum herausgegriffen werden könne. Stattdessen sei ganz Bayern zu betrachten. Der Kollege Nussel hat gleichzeitig recht und unrecht. Wenn man das festgelegte Staatsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in – ich betone – ganz Bayern erreichen möchte, muss man sich wohl oder übel mit den strukturschwächeren Räumen im Freistaat befassen, bestehende Probleme analysieren und diese dann mit den entsprechenden Lösungen angehen. Herr Kollege Nussel, wenn die gefühlte Ungerechtigkeit tatsächlich Realität ist, darf man sich durchaus auch so fühlen.

Wertes Hohes Haus, während das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Niederbayern und Oberbayern seit 2012 um durchschnittlich 5,4 % gestiegen ist, liegt der Anstieg in Mittelfranken gerade einmal bei 2,6 %. Jeder Oberbayer und jede Oberbayerin verfügt über rund 25.868 Euro Einkommen pro Jahr. Die Leute in meiner Region müssen im Schnitt mit 4.500 Euro weniger pro Jahr auskommen. Rund 40 % des 1.629 km langen Staatsstraßennetzes in Mittelfranken – rund 650 km – sind sanierungsbedürftig. In Oberbayern sind es bei doppelter Länge fast 10 % weniger.

Nehmen wir die Ansiedlungsagentur des Freistaates, Invest in Bavaria. In den letzten etwa 15 Jahren haben sich fast zwei Drittel der unterstützten Unternehmen in Oberbayern angesiedelt. Mit weitem Abstand folgt dann Mittelfranken, insbesondere Nürnberg mit mageren 7,6 %. Die Entwicklung der Breitbandversorgung in Oberbayern geht ebenfalls zügiger voran als in Mittelfranken. Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau dort, wo Oberbayern schon heute steht, wollen wir in Westmittelfranken zeitnah auch stehen. Wer dies als Neid bezeichnet, hat für Gerechtigkeit überhaupt keinen Sinn.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch kurz die Unterzeichner des Industrie- und Handelskammer-Papiers nennen: Landrat Dr. Ludwig, CSU, Landkreis Ansbach; Landrat Weiß, CSU, Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim; Landrat Wägemann, CSU, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen; Oberbürgermeisterin Seidel, parteilos, Stadt Ansbach; Bürgermeister Kisch, CSU, Stadt Bad Windsheim; Oberbürgermeister Dr. Hammer, CSU, Stadt Dinkelsbühl; Bürgermeister Ruh, CSU, Stadt Feuchtwangen; Bürgermeister Fitz, CSU, Stadt Gunzenhausen; Bürgermeister Meier, SPD, Neustadt an der Aisch

(Markus Rinderspacher (SPD): Endlich einer von der SPD!)

– endlich –; Oberbürgermeister Hartl, parteilos, Rothenburg ob der Tauber; Oberbürgermeister Schröppel, SPD, Stadt Weißenburg; dazu die IHK Mittelfranken, vertreten durch ihren Präsidenten Dirk von Vopelius. Die CSU tut das Ganze als Trümerei ab. Nicht jeder Wunsch könne in der Realität erfüllt werden, meinte CSU-Kollege Erwin Huber – er ist nicht anwesend – zu den genannten Forderungen. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Unterzeichner dieses Strategiedokuments, das gemeinsam erarbeitet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Wollen Sie diesen unseren Experten in der Heimat tatsächlich die Kompetenz absprechen?

(Markus Rinderspacher (SPD): Nein! – Volkmar Halbleib (SPD): Unmöglich!)

Sie wollen doch nicht für den Papierkorb gearbeitet haben. Sie wollen, dass wir uns um ihre Sorgen und Nöte kümmern. Sie wollen, dass wir ihre Vorschläge ernst nehmen. Deshalb haben wir, die SPD, uns dieser Sache angenommen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Die CSU verkauft mit ihrem Nein unsere kommunalpolitischen Spitzen und ihre eigenen Leute, die ich bereits genannt habe. Ich sehe keine einzige Forderung, die nicht umsetzbar wäre – strittig vielleicht, aber nicht realitätsfremd. Liebe CSU-Kollegen, gesamtbayerisches Denken heißt, gleichermaßen auch an strukturschwächere Regionen zu denken. Ich möchte mich deshalb ganz besonders an Markus Rinderspacher wenden, der auch persönliche Beziehungen zu diesem Kreis hat. Ich möchte mich bei ihm für seine Unterstützung bedanken.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte kommen Sie wieder an das Rednerpult für eine Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Herold. Bitte, Herr Kollege.

Hans Herold (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie wissen, ich komme aus Westmittelfranken. Lange Zeit war ich Erster Bürgermeister. Derzeit stehe ich auch als stellvertretender Landrat in Verantwortung.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

– Ganz ruhig bleiben. – Ich weise deshalb ganz massiv die Behauptung zurück, dass wir CSU-Politiker quasi unsere Region verkaufen würden. Es ist nämlich genau das Gegenteil der Fall, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Nicht die Kollegen vor Ort, sondern die CSU-Landtagsfraktion!)

Ich glaube, man sollte auch deutlich darauf hinweisen, dass es anders ist.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte die Realität darstellen. Beispielsweise der Vergleich mit Oberbayern, Herr Kollege: Die Kaufkraft bei uns ist deutlich höher als in München. Das müssten Sie auch ehrlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

In meinem Stimmkreis, im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim – auch er gehört zu Westmittelfranken – herrscht absolute Vollbeschäftigung. Derzeit haben wir eine Arbeitslosenquote in Höhe von 1,8 %. Wo kann man solche Werte aufweisen? – Wir haben null Jugendarbeitslosigkeit. Erst gestern haben wir im Kreistag den Haushalt für das Jahr 2018 beraten. Unsere Kämmerin hat darauf hingewiesen, dass wir eine deutliche Erhöhung der Steuerkraft haben werden, ja, dass wir sie bereits derzeit haben. Hier und in der Öffentlichkeit haben Sie darauf hingewiesen, dass die Breitbandversorgung bei uns schlecht liefe. Es ist aber genau das Gegenteil der Fall. 100 % der Kommunen im Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim sind an dieser wunderbaren Breitbandversorgung beteiligt. Die läuft auch sehr gut.

(Unruhe bei der SPD)

Auch hier wird sehr viel gemacht. Nehmen wir den Bereich der Staatsstraßenanierung. Auch hier wird sehr viel gemacht. Herr Kollege Scheuenstuhl, Sie haben auch nicht erwähnt, dass wir in den Genuss der Behördenverlagerung kommen. Sie wissen ganz

genau, welchen Anteil Neustadt an der Aisch von dieser Behördenverlagerung bekommt. Sie wissen auch, dass andere Behördenverlagerungen durchgeführt werden, beispielsweise in den Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen. Deshalb finde ich es unfair, solche Behauptungen aufzustellen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das waren doch Ihre Bürgermeister! – Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Lieber Kollege Hans Herold, wenn die Kommunalpolitik das Versagen des Freistaats Bayern nicht immer ausgleichen würde, wo wären wir denn dann?

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

Das muss man an dieser Stelle doch einmal fragen: Wo wären wir dann?

(Beifall bei der SPD)

Danke schön für die Zwischenbemerkung; denn jetzt kann ich noch meinen Block zum Breitband vorlesen. Die Entwicklung der Breitbandversorgung in Oberbayern geht ebenfalls zügiger voran als in Mittelfranken. Mit einer Zuwachsrate von 26,5 % seit 2012 waren Mitte 2016 insgesamt 77,8 % aller oberbayerischen Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt. Hier wurde kräftig investiert, und das ist auch gut und richtig so. In Mittelfranken sind jetzt 73 % aller Haushalte mit mindestens 50 Mbit/s versorgt. Das entspricht einem Zuwachs von 18,5 % im gleichen Zeitraum.

(Unruhe bei der CSU)

Wenn man das vergleicht, 26,5 % mit 18,5 %, dann kann man natürlich sagen: Das interessiert mich nicht. – Mich interessiert das schon.

(Hans Herold (CSU): Sie müssen immer alles schlechtreden!)

Ich bedanke mich an dieser Stelle herzlich,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass die Kollegen Bürgermeister und Landräte der CSU den Antrag indirekt mit unterstützen; denn es ist doch ihr Papier, nicht meines. Wenden Sie sich doch an die CSU-Kollegen daheim, beschimpfen Sie doch die Landräte und die Bürgermeister, nicht mich. Die haben das gemacht.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die haben aufgezeigt, was zu tun ist.

(Unruhe bei der CSU)

Was hier im Landtag gesagt wird, das ist doch nur billig, billig, billig. An dieser Stelle muss man doch einmal ganz klar sagen: Was den Ausbau der Bundesstraßen B 2, B 8, B 13, B 25 und B 470, der A 3 und der A 6 betrifft, von wem stammen die Forderungen dazu? – Sie stammen doch von den Herren vor Ort; denn die wissen, wo es krankt, wo etwas zu tun ist.

(Hans Herold (CSU): Die sind im besten Zustand!)

Machen Sie Ihre Hausaufgaben, krempeln Sie die Ärmel hoch! Dann sind wir zufrieden, und die Leute vor Ort auch.

(Beifall bei der SPD – Hans Herold (CSU): Das sind doch Lügen! – Zuruf von der SPD: Das ist richtig, das ist gut!)

Kommt noch einer?

Präsidentin Barbara Stamm: Nein, Herr Kollege, das ist keine Wortmeldung. Sie dürfen das Rednerpult jetzt freigeben.

(Unruhe bei der CSU und der SPD)

Für die CSU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Nussel das Wort. Ich bitte um Aufmerksamkeit für Herrn Kollegen Nussel.

(Markus Rinderspacher (SPD): Dann machen Sie das mal mit genauso viel Leidenschaft, Herr Kollege!)

Walter Nussel (CSU): Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rinderspacher, ob Sie meine Leidenschaft kennenlernen wollen – –

(Heiterkeit bei der SPD)

– Ich lade Sie gerne dazu ein. – Ich möchte jetzt aber zum Ernst dieses Tagesordnungspunktes zurückkommen. Herr Kollege Scheuenstuhl, ich habe mich schon sehr gewundert, wie Sie hier über unsere Regionen gesprochen haben, insbesondere über Westmittelfranken, und was Sie hierzu für Aussagen machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin schon erstaunt, wie negativ Sie unsere Region darstellen.

(Hans Herold (CSU): Das ist eine Schande! – Markus Rinderspacher (SPD): Wir kritisieren die Politik, nicht die Region!)

Ihre ganze Rede war geprägt von der Behauptung, in Westmittelfranken würde nichts passieren. Genau das Gegenteil ist der Fall. In den letzten 20 Jahren, auch als Bezirksrat, bin ich sehr oft nach Westmittelfranken, nach Triesdorf gefahren, nach Gunzenhausen und in die Regionen, über die Sie heute so schlecht gesprochen haben. Sie haben einen Antrag aufgegriffen, der mehr als eineinhalb Jahre alt ist. In dieser Zeit hat sich schon wieder sehr viel getan. Unsere Staatsregierung, unser Verkehrsminister, beide haben hervorragende Arbeit geleistet. Es wurde viel ausgebaut und auf den Weg gebracht, bei der Schiene wie bei den Straßen. Allein was heuer, in diesem Jahr 2017, auf den Weg gebracht wurde, das ist enorm. Man kann nicht nur davon sprechen, man muss das auch leben. Man muss diese Tatsache positiv nach außen tragen. Man darf doch nicht nur alles schlechtreden, wie Sie das jetzt in Ihrer Rede gemacht haben.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das sind doch Forderungen Ihrer CSU-Kollegen!)

Ich muss mich vor die Bevölkerung in Westmittelfranken stellen. Die Menschen dort geben ihr Bestes. Die machen hervorragende Arbeit.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sind doch CSU-Forderungen!)

Wir schulden ihnen, was hier geleistet wurde, positiv nach außen zu tragen. Davon haben Sie aber gar nichts gesagt.

(Hans Herold (CSU): Das macht er nie!)

Das hätte ich von Ihrer Rede aber auch erwartet. Sie haben bei allem versucht, die Situation schlechtzureden, beim Breitband wie bei anderen Dingen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist Ihre Politik, nicht das Land!)

Sie haben versucht, das uns und der Bevölkerung in einer polemischen Art mitzuteilen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Gar nicht wahr!)

Wenn wir davon sprechen, dass nur diejenigen davon profitieren, die direkt am Speckgürtel sind, dann gebe ich zu: Auch ich bin am Speckgürtel; denn Herzogenaurach liegt am Speckgürtel von Nürnberg/Erlangen, und wir gehören dazu.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist ja gut so!)

Wir sind aber auch dazu verpflichtet, darauf zu schauen – und das tun wir auch –, dass auch die anderen mitkommen. Ich erwarte von Ihnen, von der anderen politischen Seite, wenn wir Straßen bauen, wenn wir Schienen bauen, wenn wir etwas ausbauen, dass Sie den Weg mit uns gehen. Verhindern Sie das nicht durch irgendwelche Anträge, so wie das wiederholt geschehen ist, oder gar mit Klagen, sodass wir dann eine Einrichtung, eine Straße nicht bauen können. Sie finden immer das Haar in der Suppe. Sie finden immer eine Tierart, die es zu schützen gilt, und der Mensch bleibt zurück. Das sind nämlich die wahren Probleme, die wir in Westmittelfranken haben. Diese gilt es aufzugreifen.

(Horst Arnold (SPD): Sie sprechen den Rechtsstaat an! Der Rechtsstaat missfällt Ihnen!)

– Herr Kollege, der Rechtsstaat ist für mich wirklich bindend. Wenn Sie mich einmal auf einer Veranstaltung zum Thema Bürokratisierung besuchen würden, würden Sie dies auch von mir hören.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich lasse mir nicht vorwerfen, dass ich gegen den Rechtsstaat verstoße.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war kein Vorwurf!)

Das hätte ich von Ihnen nicht erwartet. Ich muss sagen: Rechtsstaat ja, Gesetze ja, aber deren Auslegung und wie man damit umgeht, das ist das Problem. Wenn wir Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur in den Regionen, die von Ihnen gerade schlechtgeredet worden sind, auf den Weg bringen wollen, müssen wir alles dafür tun, diese gemeinschaftlich umzusetzen. Das erwarte ich von Ihnen.

Herr Scheuenstuhl, wenn Sie von Gerechtigkeit sprechen, dann erklären Sie mir doch einmal, was Gerechtigkeit für Sie bedeutet. Das Wort habe ich das letzte halbe Jahr fast täglich zu hören bekommen. Gerechtigkeit bedeutet nicht nur, einer Person etwas wegzunehmen, um es einer anderen Person zukommen zu lassen. Gerechtigkeit bedeutet auch, die Werte unseres Zusammenlebens zu erkennen, damit umzugehen und diese zu leben. Das ist für mich auch Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Gerechtigkeit ist nicht die Träumerei, über die Sie vorhin gesprochen haben. Wir sollten jetzt wieder auf die sachliche Ebene zurückkehren. Ich kann nur feststellen, dass viele Inhalte des Antrags bereits abgearbeitet und auf den Weg gebracht worden sind. Die Struktur, die wir im Freistaat geschaffen haben, und die

Anstrengungen, die wir hinsichtlich gleicher Lebensbedingungen in allen Regionen unternehmen, sind nicht von heute auf morgen zu erreichen. Das ist auch klar. Wir müssen uns gemeinschaftlich überlegen, wie wir bestimmte Themen angehen. Wir müssen uns die Probleme in den Ballungsräumen genauer anschauen. Zudem müssen wir uns überlegen, wie wir Arbeitsplätze in die ländlichen Räume bekommen, um dort Wohlstand aufzubauen. In manchen Regionen besteht sicherlich Nachholbedarf. Das geben wir zu. Gegen diese Aussage spricht auch nichts. In Bayern gibt es einfach Strukturunterschiede. Das liegt daran, wie sich unser Land entwickelt hat.

Mit Kopf und Verstand werden wir das Land und diese Regionen weiterentwickeln. Das machen sowohl die Staatsregierung als auch die CSU-Fraktion. Das betrifft nicht nur Westmittelfranken, sondern auch Regionen in Oberfranken und Unterfranken, aber auch in Oberbayern. Oberbayern besteht nicht nur aus dem Großraum München. Auch in Oberbayern gibt es Regionen, die wir unterstützen müssen. Ich fordere Sie auf: Unterstützen Sie uns bei der Arbeit! Unterstützen Sie uns dabei, die nötige Infrastruktur zu schaffen!

Die Argumente zum Flächenverbrauch höre ich fast täglich, danach sollten wir keine Trassen für Autobahnen ausweisen. Hier frage ich mich schon: Was sollen wir mit den Kommunen in Westmittelfranken machen, die um Arbeitsplätze ringen? Wir müssen dort, wo die Menschen wohnen, auch Arbeitsplätze schaffen.

(Horst Arnold (SPD): Vollbeschäftigung!)

– Liebe Kollegen, das stimmt alles! Jedoch müssen Sie das alles im Kontext sehen. In Neustadt herrscht Vollbeschäftigung. Im Bereich Ansbach und Gunzenhausen schaut es schon etwas anders aus. Dort müssen wir einfach gemeinschaftlich arbeiten. Das habe ich zu erklären versucht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Unterstützen Sie unseren Antrag!)

Sie wollen mir ja nicht einmal zuhören.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich kann nur sagen, dass wir vieles auf den Weg gebracht haben. Das ist auch gut so. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Das habe ich soeben begründet.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Ja-wohl! – Volkmar Halbleib (SPD): Das sind die Forderungen Ihrer eigenen Leute, die können Sie doch nicht einfach vom Tisch wischen!)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich muss wieder einmal daran erinnern, dass Zwischenrufe erlaubt sind, aber bitte nicht permanent. – Jetzt hat Prof. Dr. Bauer für die FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Westmittelfranken ist ein schönes Stück Bayern. Westmittelfranken ist landschaftlich eine tolle Region und hat viel Potenzial.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genau um dieses Potenzial geht es. Dieses Potenzial müssen wir heben und stärken. Der fränkische Rohdiamant, so möchte ich die Region bezeichnen, muss noch geschliffen werden. Herr Kollege, es ist nicht so, wie Sie das eben vereinfacht dargestellt haben. Das Potenzial ist da. Ich möchte hier nur an Rothenburg ob der Tauber, an Dinkelsbühl, an Bad Windsheim und das Weltkulturerbe Limes erinnern. Der Limes verläuft mitten durch Westmittelfranken. Außerdem gibt es das Fränkische Seenland und die Hesselbergregion. Das sind nur einige Highlights.

Auch die Forderungen der IHK, selbst wenn sie schon zwei Jahre alt sind, sind nach wie vor gültig. Wir müssen gemeinsam daran arbeiten. Das ist mein Auftrag für Westmittelfranken. Wir sollen uns nicht trennen und dividieren lassen, sondern gemeinsam etwas voranbringen. Die Defizite müssen aufgezeigt werden, und anschließend muss gemeinsam verbessert werden. Ich behaupte nicht, dass nicht schon etwas geschehen ist. Ich komme später noch auf die Punkte zurück, bei denen es enorme Probleme gibt. Die Forderungen der IHK sind zielführend und berechtigt. Deswegen ist es auch richtig, dass die SPD diese Ziele aufgegriffen hat und die Forderungen der IHK unterstützt. Wir, die FREIEN WÄHLER, werden diesen Antrag auch unterstützen und ihm zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Die Fakten sprechen für sich: Die Steuerkraft ist nach wie vor weit unterdurchschnittlich, obwohl sie sich schon verbessert hat. Sie ist nach wie vor weit unterdurchschnittlich und vergleichbar mit der der Region Nordostbayern. Auch bei der Umlagekraft liegt Westmittelfranken nach wie vor bayernweit abgeschlagen im letzten Drittel. Das hat zur Folge, dass Westmittelfranken ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf geworden ist. Wenn das, was Sie von der CSU sagen, alles so stimmt, wäre diese Entscheidung widersinnig. Westmittelfranken wäre niemals ein Raum mit besonderem Handlungsbedarf geworden. Hier hat sich also etwas verändert. Wir müssen diesen Veränderungen

nachgehen und sie aufspüren, damit es besser werden kann.

In diesem Zusammenhang ist die A 6 ein wichtiges Stichwort. Die A 6 muss sechsspurig ausgebaut werden. Wie schaut es denn im Bundesverkehrswegeplan aus? Was haben Sie mit beschlossen? Welche Verantwortung übernehmen Sie dort? – Ich behaupte: Der Ausbau der A 6 mit einem entsprechenden Lärmschutz ist verbummelt worden.

Der Breitbandausbau, die Lebensader des modernen Staates, ist jahrelang vernachlässigt worden. Natürlich gibt es jetzt das Programm. Aber das Programm ist viel zu spät gestartet worden. Manche sind ja noch nicht so lange dabei, aber vielleicht erinnern sich einige daran: Im Jahr 2013 haben wir, die FREIEN WÄHLER, schon entsprechende Anträge gestellt. Diese sind immer wieder abgelehnt worden. Natürlich ist es richtig, dass es damals einen anderen Wirtschaftsminister gegeben hat. Aber auch wenn man in einer Koalition ist, muss man zur gemeinsamen Verantwortung stehen.

Auch der Ausbau des Wissenschaftsstandortes ist wichtig. Hier ist schon viel geschehen. Das ist hervorragend. Welche Situation besteht denn jetzt? – In Ansbach gibt es die einmalige Gelegenheit, dass die Barton Barracks zur Verfügung stehen. Jetzt kommt es plötzlich zu Querschüssen, weil die Universität in Nürnberg ausgebaut wird. Aber Ansbach darf nicht darunter leiden. Wir müssen diesen Punkt gemeinsam aufgreifen und voranbringen. Wir müssen das Thema der nachwachsenden Rohstoffe gemeinsam voranbringen, das wird von den Forschungsinstituten in Triesdorf bereits hervorragend gemacht.

Jetzt möchte ich einen spannenden Punkt erwähnen, der noch nicht angesprochen worden ist: die medizinische Versorgung in Westmittelfranken. Ich möchte nur das finanzielle Desaster des Klinikverbundes ANregio-med erwähnen. Der Klinikverbund besteht aus den Krankenhäusern Dinkelsbühl, Rothenburg und Ansbach. Im letzten Jahr wurde ein Defizit von 15 Millionen Euro eingefahren. In diesem Jahr wird das Defizit wahrscheinlich 12 Millionen Euro betragen. Die Bürgerinnen und Bürger von Westmittelfranken müssen dieses Defizit ausgleichen. Ich bin selber Kreisrat und weiß, was es bedeutet, wenn in fünf Jahren Forderungen von 15 Millionen Euro kommen. Das bedeutet, dass die Höhe der Kreisumlage auf dem Spiel steht. In diesem Zusammenhang möchte ich auf das Schwarzbuch vom Bund der Steuerzahler hinweisen. Hierin sind endlich einmal die Zahlen veröffentlicht worden. In den letzten Jahren sind über 20 Millionen Euro für Beraterhonorare ausgegeben worden. Es ist nicht besser geworden.

(Hans Herold (CSU): Da können wir doch nichts dafür!)

Manche sagen, dass es gerade deswegen nicht besser geworden ist. Hier muss man doch schauen, wer dafür verantwortlich ist. Hier muss sich etwas ändern. Ich fordere die Staatsregierung ganz klar auf, sich moderierend in die Angelegenheiten von ANregiomed einzubringen. Hören Sie bitte genau hin: einzubringen. Hier muss die Staatsregierung sich einbringen und Hilfestellung leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Noch ein Punkt: Herr Kollege Nussel, die hausärztliche Versorgung ist in Westmittelfranken so gut oder so schlecht wie in Mecklenburg-Vorpommern. Das sollte doch auch ein Signal sein, moderierend einzugreifen und zu helfen. Das reiche Bayern und die staatstragende Partei nehmen einfach hin, dass die Versorgung mit Hausärzten in Westmittelfranken derart schlecht ist.

(Hans Herold (CSU): Das stimmt doch gar nicht! Wir haben eine gute Versorgung!)

Ich habe gerade mit Vertretern von Rothenburg ob der Tauber ein Gespräch geführt. Demnach wird die Versorgung mit Hausärzten in den nächsten Jahren noch schlechter werden, weil die Altersstruktur der Hausärzte so ist, wie sie ist. Deswegen noch einmal der Appell: Greifen Sie auch vonseiten der Staatsregierung moderierend ein und bringen Sie sich mit einer Hilfestellung ein. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herr Kollege Mütze. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Die Mittelfranken haben sich fremdgeschämt bei dem Antrag.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Was?)

Lieber Kollege Scheuenstuhl, was haben Sie sich dabei nur gedacht?

(Beifall bei den GRÜNEN und der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo! – Volkmar Halbleib (SPD): Beifall von der falschen Seite!)

Das IHK-Programm für Westmittelfranken wurde abgeschrieben, und Sie tun so, als ob es etwas Eigenes wäre.

(Hans Herold (CSU): Jawohl, ja! – Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist eine Lüge. Sie lügen!)

Sie erwähnen die IHK für Mittelfranken in einem Nebensatz.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, lügen müssen wir nicht gleich. Bitte!

Thomas Mütze (GRÜNE): Und dann sagen Sie, das sei mit der IHK abgestimmt. Das ist schon die Spitze der Geschichte, lieber Kollege Scheuenstuhl.

(Beifall des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Die Frage ist, ob Sie Ihren neun Anliegen, die Sie da formulieren, mit diesem Antrag nicht einen Bärendienst erwiesen haben. Jeder einzelne Punkt ist für Westmittelfranken sicherlich wichtig, vollkommen richtig,

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Genau!)

obwohl wir GRÜNEN möglicherweise nicht jedem Punkt zustimmen würden.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Das ist wieder eine andere Geschichte!)

Aber man kann nicht handstreichartig ganze Politikbereiche in einem einzigen Antrag mit einem einzigen Satz abhandeln. Das geht nicht, lieber Kollege. Beispiel: Gesundheitsvorsorge und Ärzteversorgung mit Grund- und Regelversorgung mit Kliniken in einem einzigen Satz zusammenzufassen – lieber Kollege, wie soll das gehen? Und dann nehmen Sie die Sondersituation beim Klinikum Ansbach auch noch in diesen Satz hinein. Die haben Sie da drin. Wie soll das gehen? – Das geht so nicht.

Wir wären bei einem Antragspaket "Westmittelfranken stärken 1 bis 9" mitgegangen. Das hätten Sie vorlegen müssen. Aber das wäre für Sie mehr Arbeit gewesen. Ich kann mir vorstellen, dass Sie diese Mehrarbeit gescheut haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Wichtiger, liebe Kolleginnen und Kollegen, wäre es gewesen, jedem Thema einen Antrag zu widmen. Sie wollen nicht für den Papierkorb gearbeitet haben, haben Sie vorhin gesagt, Herr Kollege Scheuenstuhl.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Männer und Frauen, die diese Punkte ausgearbeitet haben, nicht ich!)

– Genau. Die Menschen, die den Antrag ausgearbeitet haben, wollen nicht per se mit einem Handstreich, wie Sie das jetzt hier tun, abgefertigt werden, wollen nicht, dass ihr Antrag in einer halben Stunde im Landtag debattiert wird

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir haben doch stundenlang darüber diskutiert!)

und dann im Papierkorb landet. Das hat Westmittelfranken nicht verdient, lieber Herr Kollege Scheuenstuhl.

(Beifall bei den GRÜNEN – Horst Arnold (SPD): Sagen Sie doch mal was Inhaltliches dazu!)

Das haben Sie mit Ihrem Antrag aber jetzt geschafft. Sie haben mit diesem Antrag Ihrer Region eigentlich geschadet.

(Beifall bei der CSU)

Und dann haben Sie noch die Chuzpe, über diesen Antrag namentlich abstimmen zu lassen – das finde ich eine absolute Unverschämtheit – und sich dann in die Region zu begeben, um zu sagen: Wer nicht dafür war, ist gegen Westmittelfranken. So geht es nicht, liebe Kollegen. So macht man keine Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine Zwischenbemerkung: Kollege Scheuenstuhl, bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege, natürlich sehen Sie nicht – oder Sie wollen es nicht sehen –, dass hier Männer und Frauen gearbeitet haben, die vor Ort in höchster politischer Verantwortung stehen und einen Blick auf das Ganze haben. Deswegen haben sie ihre Anliegen auch in diesem Antrag zusammengefasst. Sie hätten auch einzelne Anträge vorlegen können. Das haben sie aber nicht getan. Sie wollten eine Gesamtübersicht über alle Themenfelder zeigen. Den Bereich Bildung haben wir übrigens weggelassen, weil er nicht mehr aktuell war; die Bearbeitungszeit im Landtag ist einfach lang. Wir haben halt viele Punkte zu bearbeiten. Aber dafür kann ich nichts.

Sie sagen, ich hätte der Region mit meinem Antrag geschadet. Das weise ich natürlich entschieden zurück, auch Ihre indirekte Aussage, wir hätten uns nicht damit beschäftigt.

(Zuruf von der CSU: Das ist doch die Wahrheit!)

Sie sagen, wir hätten uns damit nicht beschäftigt. Demgegenüber muss ich sagen: Das ist so nicht rich-

tig. Wir haben Gespräche auf verschiedenen politischen Ebenen geführt, natürlich auch mit der IHK. Somit haben wir insgesamt gesehen die Debatte ordentlich vorbereitet. Natürlich stinkt es Ihnen, dass Sie nicht selbst auf einen so guten Antrag gekommen sind.

(Lachen bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Das ist mir schon klar. Sie bringen heute Ihre Wut rüber, weil Sie sachlich nichts beitragen können, gar nichts. Und wenn der stellvertretende Landrat, der hier sitzt, den Antrag gegenüber seinem eigenen Landrat, dem Herrn Weiß, ablehnen will, dann soll er das tun. Aber dann soll er auch dazu stehen. Wenn ich eine politische Meinung habe, stehe ich dazu; der Kollege wird das mit Sicherheit auch tun.

(Hans Herold (CSU): Mach ich doch gerne! Mach ich mit vollster Überzeugung!)

Das kann jeder machen, wie er will. Aber ich und meine Fraktion beantragen eine namentliche Abstimmung, wenn wir das wollen. Wenn Sie sich daran nicht beteiligen wollen, gehen Sie raus.

(Zurufe von der CSU: Oho! Oje, oje!)

Präsidentin Barbara Stamm: Sachlichkeit ist angemahnt worden. Bitte, Herr Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Ja, wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. – Kein Thema. Ich bin auch nicht beleidigt.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Ich auch nicht!)

– Sehr gut. So liebe ich das. – Aber, lieber Kollege, dann muss ich Ihnen schon etwas sagen: Alle kommunalen Mandatsträger, die Sie genannt haben,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

arbeiten in ihrer Stadt, in ihrem Kreis. Wir hier haben aber ganz Bayern im Blick, lieber Herr Kollege, und sollten ein bisschen übergreifender arbeiten als die Kollegen vor Ort. Deswegen sind wir auch im Bayerischen Landtag, nicht im Kreistag oder im Gemeinderat.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Herr Muthmann hat sich gemeldet. Bitte schön. Darf ich um Ruhe bitten? – Wir sind noch in der Debatte. Bitte schön, Herr Kollege.

(Zuruf von der SPD)

– Das ist auch ein Teil Bayerns, Frau Kollegin.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Liebe Kolleginnen und Kollegen, in aller Kürze: Wir haben uns über alle Fraktionen hinweg mit der Frage befasst, wie wir mit wirtschaftsschwachen Regionen umzugehen haben. Die Fraktionen haben da und dort durchaus gemeinsame, aber auch unterschiedliche Konzeptionen entwickelt. Aber jetzt wird für einen Teilraum der besondere Handlungsbedarf betont. Das ist, glaube ich, nicht sachdienlich. Wir müssen schon den gesamten bayerischen Raum im Auge haben und überlegen, wie wir alle Regionen mit besonderem Handlungsbedarf stärken können. Deswegen ist dieser Antrag, der zunächst nur drei Landkreise benennt

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und dann in einem Nachsatz in der Begründung noch den Landkreis Fürth anführt – nach dem Motto: Übrigens gilt das auch noch für den Landkreis Fürth –, nicht sachdienlich. Die Überlegungen, die im Zentrum des Antrags stehen, sind nicht nur für die drei zunächst genannten Landkreise richtig und sachgerecht, sondern auch für den noch en passant genannten Landkreis Fürth: Jetzt ist uns auch noch der Landkreis Fürth eingefallen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Der ist nachgezogen worden!)

Wenn wir uns hier mit der Frage befassen, was für Regionen mit besonderem Handlungsbedarf zu tun ist, müssen wir vielmehr über Mittelfranken deutlich hinausgehen. Deswegen kann ich den Antrag an dieser Stelle, wiewohl ich die Unterstützung auch dieser Region für richtig halte, nicht mittragen, weil sich dann sofort die Frage stellt, was wir denn für alle anderen Regionen mit besonderem Handlungsbedarf tun. Ich bitte um Verständnis für die Auffassung, dass zwar auch darauf ein Fokus gelegt werden kann, aber nicht nur. Deswegen kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht zustimmen.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Muthmann, verbleiben Sie bitte am Mikrofon. Herr Kollege Huber hat eine Zwischenbemerkung angemeldet. – Ich bitte, die Plätze einzunehmen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Erwin Huber (CSU): Herr Kollege Muthmann, wir kommen aus der gleichen Region. Wir waren in einer noch viel schwierigeren Situation als das westliche Mittelfranken und haben uns aus eigener Kraft nach vorne gearbeitet. Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, dass Anträge wie der, der hier gestellt worden ist, ei-

gentlich das Image einer Region beschädigen, herabsetzen und damit kontraproduktiv wirken,

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD – Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie waren doch nicht einmal bei der Rede anwesend!)

abgesehen davon, dass der ganze Antrag von der Industrie- und Handelskammer abgeschrieben ist?

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie waren nicht einmal hier!)

Jeder darf hier abschreiben. Aber man muss sagen:

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Potenzielle Investoren außerhalb Bayerns, die einen Standort in Bayern suchen und diesen Antrag lesen, werden – ich jedenfalls würde so handeln – Westmittelfranken nicht mehr wählen; denn der Antrag hat nur eine negative Wirkung. Ich bin dafür, dass wir Bayern positiv darstellen, nicht negativ, und sein Ansehen nicht beschädigen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr gut!)

Alexander Muthmann (fraktionslos): Herr Kollege Huber, wenn Sie mit dieser Bemerkung recht hätten, dann wären die Heimatstrategie und die Nennung vieler Räume mit besonderem Handlungsbedarf in Bayern ja höchst problematisch für die Entwicklung.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Insofern teile ich Ihre Einschätzung nicht. Wir müssen schon die Bereitschaft mitbringen, hier eine saubere Analyse unter dem Gesichtspunkt gleichwertiger Lebensbedingungen vorzunehmen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

und dürfen uns dann auch nicht davor scheuen, diejenigen, die – in welchen Bereichen auch immer – Nachholbedarf haben, zu benennen und hier im Landtag darüber zu sprechen. Die Wirkung, die Sie hier gerade damit verbunden haben, sehe ich nicht. Das würde, konsequent zu Ende gedacht, bedeuten,

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

dass wir die Frage, wie wir fördern oder wie wir mit Räumen mit besonderem Handlungsbedarf umgehen, wegen der von Ihnen beschriebenen Wirkung nicht mehr stellen dürften. Das hielte ich für falsch.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Eine weitere Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Scheuenstuhl.

(Anhaltende Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte jetzt um etwas mehr Ruhe, sonst könnten wir zwischendrin einmal das Frankenlied singen.

(Allgemeine Heiterkeit – Zurufe von der SPD: Bravo!)

Herr Kollege Scheuenstuhl, bitte.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Frau Präsidentin, das Frankenlied wäre toll. – Es ist natürlich gut, wenn sich Zwischenbemerkungen von Menschen ergeben, die meinen Redebeitrag gar nicht verfolgt haben und nicht mitbekommen haben – so wie jetzt: Herr Huber unterhält sich wieder einmal. Na ja, das interessiert ihn eben nicht. Was ihn aber interessieren sollte, wären die Namen der Menschen,

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

die er gerade beschimpft hat: Landrat Dr. Ludwig, CSU, Landkreis Ansbach; Landrat Weiß, CSU, Landkreis Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim; Landrat Wägemann, CSU, Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen; Oberbürgermeisterin Seidel, parteilos, Stadt Ansbach usw. usw. Viele CSU-Männer und -Frauen haben dieses Papier unterschrieben und haben diese Ideen entwickelt. Wenn Sie heute sagen, das interessieren Sie nicht, dann soll es so sein. Ich habe von Ihnen nichts anderes erwartet, Herr Huber.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Muthmann, möchten Sie darauf noch etwas entgegnen?

Alexander Muthmann (fraktionslos): Das wäre jetzt ein Beitrag gewesen, wenn Herr Huber hier gestanden hätte, aber mich haben Sie eben gar nicht angesprochen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich bleibe aber bei der Einschätzung, dass es durchaus falsch war. Wenn wir diese Regionen, die erst durch die Erweiterung und die gemäßigten Kriterien zu den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf hinzugekommen sind, jetzt mit einem solchen Antrag besonders herausgreifen, wissen Sie genauso gut wie

ich, dass es noch deutlich schwächere Regionen als die hier genannten gibt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mittelfränkische Abgeordnete!)

Aber das ist ein bayerisches Parlament, es ist ein Antrag an den Bayerischen Landtag, sehr geehrte Damen und Herren.

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Vonseiten der SPD-Fraktion wurde namentliche Abstimmung beantragt. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Ich eröffne die Abstimmung; fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 15.43 bis 15.48 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben das Abstimmungsergebnis anschließend bekannt. Jetzt bitte ich Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt haben wir, wenn ich es richtig sehe, wieder eine namentliche Abstimmung.

(Anhaltende Unruhe)

Dürfte ich vielleicht darum bitten, die Gespräche hier im Plenarsaal einzustellen oder sie, wenn sie geführt werden müssen, dann bitte nach draußen zu verlegen.

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich die **Tagesordnungspunkte 4 und 5** auf:

Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein u. a. (SPD)

Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drs. 17/17552)

und

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Funktionsfähige staatliche Sozialverwaltung erhalten - Stellenabbau beim Zentrum Bayern Familie und Soziales stoppen (Drs. 17/17173)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredzeit der Fraktionen beträgt 24 Minuten. Als erster

Rednerin darf ich Frau Kollegin Rauscher für die SPD-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Doris Rauscher (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben einen Antrag, den wir bereits in mehreren Fachausschüssen beraten haben, heute ins Plenum hochgezogen, weil er aus unserer Sicht von besonderer Bedeutung ist. Deswegen wünschen wir uns heute dazu noch einmal eine sachliche Debatte.

Es geht um die Personalsituation im Zentrum Bayern Familie und Soziales. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger kennen dieses Zentrum und hatten mit ihm auch schon zu tun. Dort gibt es Beratungsangebote für Familien, es gibt dort auch Beratung und Hilfe für die Antragstellung zum ElterngeldPlus sowie Entschädigungen für Gewaltopfer oder die Koordinierung der Trauma-Ambulanzen. Es ist also ein ganz breites Spektrum, das im Zentrum Bayern Familie und Soziales bearbeitet wird.

Dieses Leistungsspektrum umfasst insgesamt eine Palette von 120 Aufgaben. Es geht also um eine Behörde, die wirklich viel zu leisten hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es sind dort viele Pflichtaufgaben, aber auch viele freiwillige Aufgaben zu erfüllen.

Zu den freiwilligen Aufgaben gehören unter anderem die Teilnahme an der Messe ConSozial oder auch die Öffentlichkeitsarbeit, alles Dinge, die eine Behörde zu leisten hat. Und dann gibt es noch Aufgaben, die nicht unter die Pflichtaufgaben fallen, weil gesetzlich verankert, sondern die wir übernehmen, weil wir uns hier im Lande auch für die Förderung beispielsweise ehrenamtlicher Projekte entschieden haben. Ich denke zum Beispiel an die Förderung wertvoller ehrenamtlicher Projekte für Menschen, die an Demenz erkrankt sind.

Aufgrund der Sparpolitik der CSU im Bayerischen Landtag wurde beschlossen, in diesem Zentrum 380 Stellen zu streichen. Bis 2020 sollen weitere 160 Stellen wegfallen. Wir sprechen hier von einem Volumen von insgesamt 540 Stellen, obwohl die Aufgaben des Zentrums Bayern Familie und Soziales weiterhin ausgebaut wurden. Das ist aus unserer Sicht katastrophal.

Ich möchte das an einem Beispiel festmachen, das uns vom Präsidenten des Zentrums in einem kleinen Fachgespräch im Sozialausschuss dargelegt wurde. Wenn Selbsthilfegruppen einen Antrag stellen, dann warten sie derzeit zwei Jahre auf Bewilligung oder Ablehnung. Ehrenamtliches Engagement wird dabei

nicht unbedingt gefördert. Zwei Jahre sind eine lange Zeit. Ich möchte nun den Mitarbeitern dort überhaupt keinen Vorwurf machen. Sie leisten mit Sicherheit, was sie können, und sind jeden Tag mit hohen Stapeln von Anträgen konfrontiert. Aber es hat nichts mehr mit Mitarbeiterfürsorge zu tun, wenn man gleichzeitig dann, wenn man Aufgabenbereiche ausbaut und die Aufgaben nicht weniger werden, Stellen in diesem unglaublichen Umfang streicht.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde, wer heute einen Antrag stellt – unabhängig davon, in welcher Behörde –, hat das Recht, nicht zwei Jahre auf die Bearbeitung seines Antrags zu warten.

Ich muss nun feststellen, dass zumindest im Sozialausschuss – vielleicht auch im Haushaltsausschuss – dieses Thema sehr ernsthaft diskutiert wurde. Auch die CSU-Landtagsfraktion hat dieses Problem, das über das ganze Jahr in verschiedenen Gesprächen behandelt wurde, sehr ernsthaft diskutiert. Aber am Ende kam es zu keinem mehrheitlich gefassten Beschluss, dass man dieser Behörde ausreichend Personal zur Verfügung stellen wollte.

Das wundert mich umso mehr, als sogar Kollegen der CSU wie auch der Staatssekretär aus dem Sozialministerium geäußert haben, dass ein Abbau bei den Beratungsangeboten in diesem Zentrum für die Bürger keine gute Lösung darstelle und politisch auch nicht gewollt sei.

Ähnliche Aussagen kamen vom Kollegen Unterländer und auch – zumindest laut Protokoll – von Kollegin Heckner aus dem Haushaltsausschuss. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes nicht so starr und unflexibel vollzogen werden müsse, wie es sich anhöre.

Die 25 Stellen, die jetzt im Nachtragshaushalt eingestellt sind, reichen bei Weitem nicht aus, um all den Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben in dieser Behörde nachzukommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, dieses Problem wirklich ernst zu nehmen und den Antrag nicht vom Tisch zu fegen. Ich bitte Sie, auch von Ihrer Seite im Nachtragshaushalt ein deutliches Signal zu geben. Die Aufgabenfelder sind so wichtig. An dieser Behörde hängen so viele Männer, Frauen und Familien in Bayern. Darüber können wir nicht einfach weggehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben erst vor Kurzem wieder einmal über Inklusion hier im Hohen Haus diskutiert. Gerade für Menschen mit Behinderung, deren Ansprüche unter die Pflichtaufgaben der Behörde fallen, sind Wartezeiten einfach nicht zu tolerieren. Ich bitte Sie, Ihr Votum aus den Fachausschüssen noch einmal zu überdenken und heute für die Aufhebung der Stellenstreichung in diesem Zentrum zu stimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Frau Celina das Wort. Bitte sehr.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In Debatten über Leistungen für Menschen mit Behinderung und über Leistungen für unsere Jüngsten und Ältesten höre ich immer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass sich eine Gesellschaft daran misst, wie sie mit den Schwächsten umgeht. Das sind schöne Worte. Die Menschen, die die Leistungen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales beantragen, gehören oft zu den Schwächeren in der Gesellschaft.

Die Beratung, die das ZBFS in vielen Bereichen übernimmt, die fachlichen Stellungnahmen, die Bearbeitung der Anträge, all das erfordert Sorgfalt, Kenntnisse und Einfühlungsvermögen bei den Mitarbeitern. Die Bearbeitung der großen Menge der Anträge erfordert sehr viel Zeit und sehr viele Arbeitsstunden. Beratungen und Antragsbearbeitungen für das Betreuungsgeld, für ElterngeldPlus, für Teilblindengeld fallen in deren Aufgabenbereich. Aber auch die Ausweitung des bezugsberechtigten Kreises für das Landeserziehungsgeld bedeutet zusätzliche Aufgaben, die die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des ZBFS abarbeiten müssen.

Dazu stehen ihnen aber die notwendigen Arbeitsstunden nicht zur Verfügung. Sie stehen ihnen nicht mehr zur Verfügung, weil Sie ihnen nach Artikel 6b des Haushaltsgesetzes seit dem Jahr 2005 Stellen entziehen. Es werden insgesamt 540 Stellen eingespart werden.

Wir sind jetzt bei eingesparten 381 Stellen. Das sind bei etwa 220 Arbeitstagen im Jahr knapp 85.000 Arbeitstage, die hier jährlich eingespart werden, und es sind 678.000 Arbeitsstunden, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, den Mitarbeitern des ZBFS nicht mehr zur Verfügung stellen, um Anliegen der Bürger zu bearbeiten und um die gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Erklären Sie doch einmal den Schwächeren in unserer Gesellschaft, also genau denjenigen, denen Sie in

unserem ach so sozialen Bayern immer wieder Leistungen versprechen, warum Sie den Mitarbeitern des ZBFS so viele Stunden jährlich geklaut haben, die sie brauchen, um die Bürger zu beraten und deren Anträge zu bearbeiten.

Sie haben doch das Christliche in Ihrem Parteinamen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU. Heißt das etwa, dass Sie den völlig überlasteten Mitarbeitern des ZBFS zumuten, dass sie ihre Arbeit für Gotteslohn tun, für ein warmes Dankeschön, Überstunden machen, um überhaupt über die Runden zu kommen und den Aufgaben einigermaßen hinterherhecheln zu können, oder nehmen Sie in Kauf, dass immer mehr Mitarbeiter Gefahr laufen, vor Stress krank zu werden, oder erwarten Sie von den Bürgerinnen und Bürgern, denen finanzielle Leistungen zustehen, dass sie klein beigeben und die ihnen zustehende Leistung gar nicht erst beantragen, weil es Wochen dauert, bis eine Beratung stattfinden kann, noch dazu vielleicht weit entfernt von ihrem Wohnort? Beratung durch den Staat ist weniger eine Holschuld der Bürger, sondern vor allem eine Bringschuld des Staates.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim ZBFS können Sie sich weder auf kommunale noch auf bundespolitische Zuständigkeiten herausreden. Das ist Ihr CSU-Ding, Ihre CSU-Zuständigkeit, Ihre CSU-Verantwortung oder – besser gesagt – Ihre CSU-Verantwortungslosigkeit.

Geben Sie endlich Ihren Widerstand auf, und heben Sie die Wiederbesetzungssperre für frei werdende Stellen auf! Geben Sie endlich Ihren Widerstand auf, und statten Sie das Zentrum Bayern Familie und Soziales mit einer adäquaten Personalausstattung aus. Die zusätzlichen 25 Stellen kommen beim bisher angestauten Personalmangel doch gar nicht an. Der größte Teil verteilt sich doch auf die neuen Aufgaben Teilblindengeld und PsychKHG. Allein für das Teilblindengeld sind übrigens rund 8.500 zusätzliche Anträge zu erwarten, und beim Landeserziehungsgeld wird es im nächsten Jahr 60.000 bis 90.000 zusätzliche Anträge geben. Wie wollen Sie das denn zeitnah abarbeiten? Das wird für die Bürger und die Mitarbeiter gleichermaßen unbefriedigend. Das akzeptieren Sie sehenden Auges. Ich frage mich, wieso Ihnen dieser Bereich so viel weniger wichtig sein kann als andere Bereiche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vielleicht liegt das daran, dass es sich hier um die stillen Menschen handelt, um die, die nicht aufmucken, die sich nicht zusammenschließen und die nicht demonstrieren. Anders kann ich mir das nicht erklären.

Es hat erst eine GRÜNEN-Initiative gebraucht, um dieses Thema auf die Tagesordnung des Landtags zu setzen. Die Lösung, die Sie jetzt anbieten, ist keine Lösung. Eine Lösung erfordert die Aussetzung des Artikels 6b des Haushaltsgesetzes, die Aussetzung der Einsparung der nächsten 160 Stellen oder wenigstens den Beschluss, dass Sie, verehrte Abgeordnete, hier tätig werden wollen. Beides ist im Ausschuss leider nicht geschehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich, Frau Kollegin Celina, zurückweisen, dass Sie uns gewissermaßen Verantwortungslosigkeit vorgeworfen haben. Ich will auch deutlich hervorheben, dass über diesen Bereich, über den im Moment diskutiert wird, von uns sehr, sehr verantwortungsvoll diskutiert wird und er uns auch sehr, sehr wichtig ist.

Ich möchte aber gleich zu Beginn zu Artikel 6b des Haushaltsgesetzes ein generelles Wort sagen. Ich weise darauf hin, dass wir an diesem Artikel 6b weiterhin festhalten werden, auch aufgrund unserer staatspolitischen Verantwortung. Als Mitglied des Haushaltsausschusses weiß ich natürlich auch, dass dieses Thema immer wieder diskutiert wird und die Opposition natürlich immer wieder versucht, in allen möglichen Bereichen immer mehr Stellen zu bekommen, was letztendlich nicht möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage aber auch, dass wir aufgrund bestimmter politischer Herausforderungen Artikel 6b natürlich nicht starr anwenden und auf besondere politische Ereignisse immer wieder in gewisser Weise reagieren. Ich glaube, das kann man für die letzten Jahre sehr deutlich belegen, insbesondere auch mit dem Doppelhaushalt 2017/2018, in dem wir immerhin 5.700 neue Stellen geschaffen haben, oder auch mit dem Nachtragshaushalt 2016, in dem wir 6.100 neue Stellen geschaffen haben. Sie wissen natürlich auch, dass wir in bestimmten Bereichen Schwerpunkte gesetzt haben, und zwar bedingt durch die großen Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, im Bereich der Integration, im Bereich der Bildung und natürlich auch im Bereich der Behördenverlagerung, Stichwort: Stärkung des ländlichen Raums.

Erlauben Sie mir, insbesondere ein Wort zum Zentrum Bayern Familie und Soziales zu sagen. Ich meine – und da sind wir uns alle einig –, dass hier eine ganz, ganz wichtige Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger

im Freistaat Bayern geleistet wird, wie die beiden Kolleginnen, Frau Rauscher und Frau Celina, richtigerweise erwähnt haben, insbesondere im Bereich der Familien. Deswegen mein herzliches Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die eine sehr, sehr gute Arbeit leisten. Sie haben ein großes Leistungsspektrum zu bewältigen. Dafür gilt ihnen die ganz besondere Anerkennung gerade auch der Mehrheitsfraktion. Herzlichen Dank dafür!

Diese große Wertschätzung, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich auch in meinem Statement in der Sitzung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen am 11. Oktober 2017 sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Gerade bei dieser Thematik diskutieren wir gemeinsam immer wieder sehr verantwortungsvoll. Ich kenne diese Behörde persönlich recht gut, weil ich mir bereits des Öfteren vor Ort, zum Beispiel in Nürnberg, ein Bild gemacht habe und auch schon des Öfteren Gespräche geführt habe, insbesondere mit der Leitung des ZBFS.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist richtig – das kann ich nur unterstreichen –, dass auf das ZBFS immer wieder neue Aufgaben übertragen wurden, zum Beispiel das Landesbetreuungsgeld, das ElterngeldPlus, das Teilblindengeld oder auch unterschiedliche Förderprogramme. Deswegen noch einmal mein Hinweis auf die große Wertschätzung meiner Fraktion für die äußerst gute Arbeit, die am Zentrum Bayern Familie und Soziales nach wie vor geleistet wird.

Es ist aber auch richtig – das haben Sie soeben in Ihren Reden bedauerlicherweise nicht erwähnt –, dass aufgrund der neuen Herausforderungen neue Stellen geschaffen wurden. Zum Beispiel wurden – ich habe es vorhin schon erwähnt – im Doppelhaushalt 2015/2016 zehn neue Stellen für das Amt für Maßregelvollzug geschaffen. Im Doppelhaushalt 2017/2018 kamen fünf neue Stellen für das Amt für Maßregelvollzug und 16 neue Stellen für das Integrationsamt und für die IT-Sicherheit hinzu. Sie wissen wahrscheinlich auch – davon gehe ich aus; es ist auch erwähnt worden, allerdings mit einer falschen Zahl, Frau Kollegin Celina –, dass im Nachtragshaushalt 2018 insgesamt 27,5, nicht 25,5 weitere neue Stellen für das ZBFS vorgesehen sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich haben wir als Mehrheitsfraktion und die Staatsregierung eine große Verantwortung, das Gesamte im Blickfeld zu haben. Deswegen werden aufgrund von bestimmten Herausforderungen immer wieder gewisse Schwerpunkte hervorgehoben. Ich habe vorhin schon erwähnt, was wir zum Beispiel im Nachtragshaushalt oder auch im Doppelhaushalt 2017/2018 ge-

macht haben. Ich sage aber auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir weiterhin entsprechende Stellen vorsehen müssen, insbesondere aufgrund unserer Situation, beispielsweise beim Bildungspaket, worüber wir letzte Woche sehr ausführlich diskutiert haben. Ich bin sehr froh, dass wir neben den Gymnasien und den anderen Schulen gerade die Förderschulen angemessen bedenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein moderater – ich betone ausdrücklich: ein moderater – Stellenabbau ist aus Haushaltssicht – das sage ich auch als Haushaltspolitiker – notwendig, um die ansteigenden Personalausgaben abzufedern und um einer unbremsten Steigerung des Personalbestandes entgegenzuwirken. Dies bedeutet aber nicht – lassen Sie mich dies ausdrücklich erwähnen –, dass der Stellenabbau starr und unflexibel vollzogen werden muss und eine Anpassung an aktuelle Herausforderungen ausgeschlossen ist. Deswegen noch einmal mein Hinweis, dass wir die Situation erkannt haben und deswegen auch im Nachtragshaushalt 2018 entsprechende Stellen vorgesehen haben. Das kann auch Kollege Unterländer, der sich immer sehr stark dafür einsetzt – das muss man einfach einmal anerkennen –, bestätigen. Ich habe schon bei meinem Statement im Haushaltsausschuss gesagt, dass wir beim Doppelhaushalt 2019/2020 noch einmal darüber nachdenken müssen, welche Möglichkeiten in diesem Bereich letztendlich bestehen.

Ansonsten noch einmal mein Hinweis: Wir können den Artikel 6b nicht abschaffen und auch nicht auflösen. Deswegen beantrage ich die Ablehnung der beiden Anträge der SPD und der GRÜNEN, sage aber auch, dass wir uns beim Doppelhaushalt 2019/2020 in Bezug auf die Stellensituation wieder Gedanken machen werden.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön, Herr Herold. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst Frau Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kollege, woran machen Sie denn die, wie Sie sagten, ernsthaften Diskussionen im Ausschuss fest? – Machen Sie sie an dem warmen Dankeschön fest, das Sie den Mitarbeitern auf den Weg gegeben haben? Oder ist es vielleicht doch so, dass Sie in den letzten Jahren schon 380 Stellen gestrichen haben und noch weitere 145 Stellen gestrichen werden? Außerdem wird eine immense Aufgabenfülle dazukommen. 60.000 bis 90.000 Haushalte werden im nächsten Jahr zusätzlich Landeserziehungsgeld beziehen.

8.500 Menschen bekommen das zusätzliche Teilblindengeld – wenn sie es denn zeitnah bekommen. Für alle diese zusätzlichen Aufgaben gewähren Sie 27,5 zusätzliche Stellen und danken gleichzeitig den Mitarbeitern. 380 Stellen sind weggefallen, und 145 Stellen werden noch wegfallen. Was ist denn das für ein Dank?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hans Herold (CSU): Frau Celina, natürlich ist es Ihre Aufgabe als Opposition, immer mehr zu fordern. Wir haben das ja schon heute Nachmittag gehört: Alles ist schlecht im Freistaat Bayern. Wir brauchen überall mehr. – Als Mehrheitsfraktion haben wir eine Gesamtverantwortung. Deswegen wurde der Artikel 6b eingeführt. Wir benötigen Spielräume, zum Beispiel für Investitionen, Bildung etc. Wir haben natürlich auch erkannt, dass gewisse Nachbesserungen notwendig sind.

(Kerstin Celina (GRÜNE): Ja, genau!)

– Ich habe die entsprechenden Punkte gerade erwähnt. Sie müssen vielleicht etwas besser aufpassen. Wir haben im Nachtragshaushalt 2018 Stellen vorgesehen. Im Rahmen des Doppelhaushalts 2019/2020 werden wir über dieses Thema erneut befinden. Ich sage aber noch einmal: Diese Maßnahmen betreffen nicht nur diese Behörde, die eine sehr gute Arbeit leistet. Sie betreffen vielmehr alle Häuser des Freistaates Bayern. Wir werden den Artikel 6b weiterhin aufrechterhalten müssen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Herr Herold, Sie sprechen von einem "moderaten Stellenabbau". Das müssen Sie noch einmal erklären. Sie bauen 25 Stellen auf –

Hans Herold (CSU): 27,5.

Doris Rauscher (SPD): Sie bauen 27 Stellen auf, bauen aber 500 Stellen ab. Erklären Sie mir bitte, was daran moderat ist und wie diese Behörde diese Kluft schließen soll, damit sie ihren Aufgaben vollumfänglich nachkommen kann. Ich verstehe das nicht.

Sie haben gerade suggeriert, dass wir von der Opposition mit unseren Forderungen Geld hinausgeschmeißen wollten. Ich möchte Ihnen entgegenhalten, dass Sie nicht erkannt haben, um welche zentralen Themen es hier geht. Ich halte Ihren Vorwurf nicht für gerechtfertigt. Ich halte es für zynisch, dass Sie bei

einem Abbau von 500 Stellen von einem "moderaten Stellenabbau" sprechen.

Es mag sein, dass sich Herr Kollege Unterländer beim Herrn Finanzminister nicht leichttut, für sein Ressort Geld locker zu machen. Wenn ich mir aber vorstelle, dass der jetzige Finanzminister auch noch Ministerpräsident dieses Landes werden soll, dann läuft es mir kalt den Rücken hinunter. Bei den sozialen Themen wird es dann nur noch mit harter Hand zugehen. Das hat nichts mit einem wohlwollenden Erkennen sozialpolitischer Erfordernisse zu tun.

(Beifall bei der SPD – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): So ein Schmarrn!)

Hans Herold (CSU): Frau Rauscher, ich kann Ihnen hier und heute versichern, dass der jetzige bayerische Finanzminister in seiner neuen Funktion weiterhin eine sehr gute Arbeit leisten wird. Das gilt auch für den sozialen Bereich. Ich möchte das ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass Sie das nicht gern hören, aber es wird so sein. Ich habe nicht gesagt, dass Sie das Geld hinausschmeißen wollten. Ich habe vielmehr gesagt, dass ich Verständnis dafür habe, dass die Opposition immer mehr Stellen für alle Bereiche verlangt. Das gilt nicht nur für das ZBFS, sondern für alle Bereiche und alle Häuser. Ich könnte Ihnen die ständigen Forderungen nach immer mehr Geld nennen. Das geht halt nicht.

Ich habe den Begriff "moderat" nicht konkret auf den Stellenabbau beim ZBFS bezogen, sondern auf den generellen Vollzug des Artikels 6b in allen Häusern. Die genannten 500 Stellen werden nicht von heute auf morgen abgebaut, sondern im Rahmen eines laufenden Prozesses.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir im Nachtragshaushalt neue Stellen vorgesehen haben. Wir werden über dieses Thema im Rahmen der Beratungen über den Doppelhaushalt 2019/2020 sehr verantwortlich diskutieren. Ich sage noch einmal ein Dankeschön an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die beim Zentrum Bayern Familie und Soziales eine hervorragende Arbeit leisten.

(Beifall bei der CSU – Margit Wild (SPD): Die freuen sich alle, weil sie Überstunden machen müssen! Das ist ein Riesenproblem, das wir zur Kenntnis nehmen müssen! Reden Sie einmal mit den Leuten, was die Ihnen sagen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt bitte ich Herrn Kollegen Pohl zum Rednerpult.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Herold, ich schätze Sie als einen besonnenen, sachlichen und realistischen Politiker. Umso erstaunter bin ich, dass Sie uns heute ein derartiges Weihnachtsmärchen auftischen, nämlich ein recht makabres Weihnachtsmärchen. Ich wollte Sie gegen den Vorwurf der Verantwortungslosigkeit in Schutz nehmen. Dann haben Sie aber selbst gesagt: Wir von der Mehrheitsfraktion haben die Gesamtverantwortung.

(Hans Herold (CSU): Natürlich! Aber ja!)

Sehr geehrter Herr Kollege Herold, was werden Sie dann im Herbst nächsten Jahres tun, wenn die CSU nicht mehr die Mehrheitsfraktion ist? – Handeln Sie dann verantwortungslos?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hans Herold (CSU): Sie werden sich wundern!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist gefährlich. Ich glaube, wir sollten uns wechselseitig keine Verantwortungslosigkeit unterstellen, sondern anerkennen, dass wir vielleicht mit unterschiedlichen Sichtweisen, aber doch tatsächlich das Beste für die Menschen im Freistaat Bayern wollen.

Sie haben den Artikel 6b des Haushaltsgesetzes verteidigt, und zwar in einer Form von Nibelungentreue. Man will eben dem verdienten ehemaligen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, dem man einen grausigen Abgang bereitet hat, nicht Jahre später noch Steine hinterherwerfen. Aber eines ist klar: Der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes war mit Sicherheit kein Glanzstück gesetzgeberischer Kreativität.

(Hans Herold (CSU): Aber notwendig!)

– Er ist überhaupt nicht notwendig. Er ist unsinnig. Dieser Artikel ist ein unsinniges Relikt der Stoiber-Ära; denn zunächst muss eine Aufgabenkritik erfolgen. Danach kann man ermessen, ob Stellen abgebaut oder aufgebaut werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Kollege Herold, ich bin völlig einer Meinung mit Ihnen, dass die Einstellung von immer mehr Personal keine Pauschallösung für Probleme darstellt. Hier geht es aber nicht um mehr Personal. Deshalb habe ich von einem Weihnachtsmärchen gesprochen. Hier geht es um einen massiven Personalabbau.

Meine Damen und Herren, ich möchte einmal feststellen, dass Bayerns Bevölkerung in den letzten zehn Jahren von 12 Millionen Menschen auf inzwischen 13 Millionen Menschen gewachsen ist. Wir haben fast 10 % mehr Einwohner; allein daraus erwachsen schon Mehraufgaben. Angesichts dessen, was dieses Zentrum Bayern Familie und Soziales im Vergleich zu früher mehr leisten muss, ist es nicht zu rechtfertigen und auch nicht zu verstehen, dass an dieser Stelle massiv personell eingegriffen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, wir haben über das Betreuungsgeld emotionale Debatten rauf und runter geführt. Für die Bearbeitung des Elterngeldes, des Landeserziehungsgeldes und des Betreuungsgeldes fehlen 18 % der Stellen. Wollen Sie denn das, was Sie aus Ihrer Sicht mit der rechten Hand segnend aufgebaut haben, mit der linken Hand über die Personalknappheit wieder einreißen? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch ein schlechter Witz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Herold, Sie haben einen Dank ausgesprochen. Das ist ja schön, aber dieser Dank bedeutet keine Anerkennung.

(Hans Herold (CSU): Doch!)

Anerkennung heißt nämlich, die Nöte der Betroffenen ernst zu nehmen, ihnen zuzuhören und zu akzeptieren, dass diese Behörde bei einem solchen Personalabbau nicht leistungs- und lebensfähig sein kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann nicht sein, dass wir der Behörde, dem Zentrum Bayern Familie und Soziales, die Beine wegschlagen, sodass sie nicht mehr ordentlich arbeiten kann. Wir müssen verhindern, dass ein verhängnisvoller Fehler begangen wird. Ich bitte Sie: Stimmen Sie den Anträgen der SPD und der GRÜNEN zu. Auch wir haben einen gleichlautenden Antrag gestellt, den wir heute aber nicht hochgezogen haben. Stimmen Sie diesen Anträgen zu. Es wäre dringend notwendig für die Zukunft des Zentrums Bayern Familie und Soziales.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Noch mal ganz kurz: Der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes bedeutet einen pauschalen Stellenabbau.

(Tobias Reiß (CSU): Nein!)

Er sieht vor, in den einzelnen Behörden Stellen abzubauen. Dass dies nicht sinnvoll ist, zeigt ein alljährliches Schreiben aus dem Finanzministerium. In dem Schreiben steht jedes Mal, was der Wunsch ist, was das Ziel nach dem Artikel 6b war und was letztendlich eingezogen werden kann, und das alle Jahre wiederkehrend. Das hat sogar der Finanzminister Dr. Söder erkannt. Er ist zum Beamtenbund gerannt und hat gesagt: Liebe Beamtinnen und Beamten, der Artikel 6b wird gestrichen. Es wird ihn nicht mehr geben, weil er so unsinnig ist. – Leider, in diesem Punkt leider, hat sich der Finanzminister nicht durchgesetzt, sondern das Versprechen ist wieder einkassiert worden. Ein Beispiel: Wir hatten auch schon Jahre mit Hochwasser. Artikel 6b sieht einen Stellenabbau, einen Stellenabzug vor, und gleichzeitig sind mehr Stellen ausgebracht worden, weil das Hochwasser es halt erfordert hat. Kurzum: Es ist unsinnig ohne Ende.

Jetzt sind wir ganz konkret beim Zentrum Bayern Familie und Soziales. Wir haben es gerade schon gehört: Sie, sehr geehrte Staatsregierung, führen hier eine Leistung nach der anderen ein. Eine neue Leistung nach der anderen! Es gibt dann noch das Betreuungsgeld oben drauf. Gleichzeitig werden es in dem zuständigen Zentrum immer weniger Menschen. Von daher kann man nur sagen: Sinnvoll kann es nicht sein, und das geht auf Kosten der Beschäftigten dort. Ich finde, die Beamtinnen und Beamten in dem Zentrum haben Besseres verdient. Sehen Sie es endlich ein, und versprechen Sie nicht schon wieder den nächsten Doppelhaushalt, sondern schaffen Sie den Artikel 6b einfach ab, so wie er ist, und zwar für alle Behörden, nicht nur für das Zentrum!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Die federführenden Ausschüsse für Staatshaushalt und Finanzfragen bzw. für Arbeit, Soziales, Jugend, Familie und Integration empfehlen beide Anträge zur Ablehnung. Ich lasse zunächst in einfacher Form

(Unruhe)

– ich bitte um etwas mehr Ruhe – über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – das ist die Drucksache 17/17173 – abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Claudia

Stamm (fraktionslos). Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun rufe ich zur namentlichen Abstimmung den Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/17552 auf und eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 16.24 bis 16.29 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Wir zählen außerhalb des Sitzungssaales aus. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen. Bevor ich den nächsten Punkt aufrufe, gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bezüglich des Antrags – –

(Allgemeine Unruhe)

– Ich bitte doch um etwas Ruhe! – Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bezüglich des Antrags der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Stefan Schuster und Fraktion (SPD) betreffend "Zukunftsprogramm Westmittelfranken", Drucksache 17/16204, bekannt: Mit Ja haben 55 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 86 gestimmt; Stimmenthaltungen: 15. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun rufe ich zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 6 und 7** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Harald Güller, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)
Sonderweg bei der Erbschaftsteuer beenden
(Drs. 17/18270)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Rechtssicherheit bei der Erhebung der Erbschaftsteuer wiederherstellen
(Drs. 17/18251)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und bitte den ersten Redner, Herrn Dr. Kränzlein, zum Rednerpult.

Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Erbschaftsteuer ist immer ein sehr emotionales Thema. Wenn wir uns erinnern: Das Bundesverfassungsgericht hat das alte Erbschaftsteuergesetz für verfassungswidrig erklärt, weil die übermäßige Verschonungsregelung für Firmenvermögen grundgesetzwidrig war. Dann hat die

GroKo einen Gesetzentwurf des Hauses Schäuble vorgelegt, der genau dem Rechnung getragen hat. Durch Intervention der CSU-Fraktion wurde dieser Entwurf dann noch einmal verwässert, und es wurde ein Erbschaftsteuergesetz in die Welt gesetzt, dem die SPD-Bundestagsfraktion ohne Koalitionseinbindung gar nicht hätte zustimmen können. Zur Handhabung des neuen Gesetzes haben die begünstigten Bundesländer einen gemeinsamen Anwendungserlass erarbeitet. 16 Bundesländer! Auch hier – das ist einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – ist die CSU ausgeschert und hat diesen Erlass in wesentlichen Teilen für die bayerischen Finanzbehörden aufgekündigt. Dagegen hat sogar der Bundesfinanzminister bei seinem bayerischen Kollegen Söder protestiert. So weit die augenblickliche Situation.

Bis heute fehlen immer noch die zu erarbeitenden Erbschaftsteuerrichtlinien, ohne die die Finanzämter in der Luft hängen, wenn sie Erbschaften steuerrechtlich behandeln müssen. Es ist ein Unding, was momentan gilt. Firmenvermögen werden in Deutschland völlig verschieden bewertet, je nachdem, wo die Steuer veranlagt wird. Sind die einen Erben in Bayern und die anderen nicht in Bayern, dann werden bei den Veranlagungen unterschiedliche Steuersätze erhoben. Die Steuerberater haben über ihre Berufsvertretungen deutlich erklärt, dass sie diese Handhabung und übrigens auch das Gesetz schon wieder für verfassungswidrig halten, weil eben die Verschonung so übermäßig ausgefallen ist.

Was will Bayern erreichen? Immer das Gleiche, man will Steuerflüchtlinge nach Bayern locken, um sich Sondervorteile herauszuschinden. Dafür nimmt man massiven Flurschaden in anderen Bundesländern in Kauf. Ein völliges Unding, das wir so nicht akzeptieren sollten!

(Beifall bei der SPD)

Die beiden zu behandelnden Anträge zielen genau darauf ab, diesen unhaltbaren Zustand zu beenden und die Bayerische Staatsregierung anzuhalten, sich bundestreu und solidarisch zu verhalten. Wenn das nicht gemacht wird, dann prophezeie ich Ihnen, dass spätestens die Gerichte diesen bayerischen Sonderweg wieder aus der Welt schaffen werden.

Liebe CSU-Abgeordnete, ihr sollt euch durchaus vor Augen halten, dass Artikel 14 des Grundgesetzes nicht nur eine Eigentums- und Erbschaftsgarantie beinhaltet, sondern auch die Sozialbindung, die Verantwortung von Eigentum regelt. Wenn schon durch Arbeit verdientes Geld besteuert wird, muss erst recht leistungslos durch einen Erben erworbenes Vermögen

einer gerechten Besteuerung zugeführt werden. Das deutsche Steuerrecht ist sowieso recht maßvoll. Halten Sie sich einmal vor Augen, dass von 400 Milliarden vererbtem Vermögen dem Staat 6 Milliarden verbleiben. Da sind die Erträge aus der Tabaksteuer dreimal so hoch. Die Verschonung im Erbschaftsteuerrecht ist schon gigantisch.

Auch wir wollen weiterhin das Firmenvermögen nicht unverhältnismäßig besteuern, wenn es zur Erhaltung der Firma und für Investitionen in den Betrieb notwendig ist. Wir wollen Arbeitsplätze genauso schützen, aber wir wollen clevere Vermögensverschiebungen zwischen Firmen- und Privatvermögen verhindern. Wir wollen, dass von unproduktiven Firmenkonstruktionen, die sich ununterbrochen mithilfe von Steuerberatern zur Vermeidung von Erbschaftsteuer bilden, Abstand genommen wird.

Der Artikel 123 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung hat Sie noch nie so richtig beeindruckt. Die Vermeidung von Riesenvermögen ist Ziel dieser Bestimmung. Das ist Verfassungsrecht.

Es gibt auf jeden Fall zu viele Möglichkeiten, Steuern zu vermeiden. Das gesamte Steuerberatungssystem ist darauf ausgerichtet, weniger Geld zu zahlen und sich nicht mehr zu engagieren ...

Manche Reiche sind sich sehr wohl ihrer Verantwortung bewusst, aber hängen das nicht an die große Glocke. Andere ... kümmern sich vor allem um Steuervermeidung und nutzen Lücken im Steuergesetz radikal aus ...

Für mich steht die Frage im Vordergrund, wie wir unser Sozialsystem adäquat entwickeln. Der Kapitalismus hat die Eigenschaft, Geld nach ganz oben zu schmeißen. Insofern muss man es von dort nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Zitat stammt von einer Frau, die sozialdemokratischer Umtriebe nicht verdächtig ist. Dies hat Ise Bosch, die Enkelin des Firmengründers Robert Bosch, gesagt. Sie hat damit wirklich den Nagel auf den Kopf getroffen. Da geht es nicht um Neidkomplexe, sondern einfach darum, dass Gerechtigkeit hergestellt wird, indem auch etwas von oben nach unten umverteilt wird, damit die Schere zwischen Reich und Arm, die viel zu weit offen ist, wieder ein Stück geschlossen wird. Stimmen Sie unseren Gesetzentwürfen bitte zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Mütze.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin! Lieber Kollege Kränzlein, jedes Wort, bis auf den letzten Satz – es sind keine Gesetzentwürfe, sondern Dringlichkeitsanträge, aber das macht Ihre Aussagen nicht falsch –, jedes Wort und jeden Satz, den Sie eben gesagt haben, kann ich unterstreichen. Deswegen müssen wir uns diesen Vorgang noch einmal genauer anschauen.

Vordergründig geht es um einen Erbschaftsteuererlass der Länder. Ich stelle fest, dass sich die Länder nach zwei Jahren Verhandlungen über die Erbschaftsteuerreform einigen. Die CSU stimmt dem Kompromiss im Bundesrat wie im Bundestag zu. Dann stellt die CSU in Bayern fest, dass wir es in Bayern trotzdem anders machen. Kollege Fackler hat bei der früheren Behandlung des Dringlichkeitsantrags erklärt, der Ländererlass widerspreche dem Geist des Kompromisses, die anderen Länder legten den Erlass falsch aus. Kollege Kränzlein hat damals schon festgestellt, dass nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts selbstverständlich abweichende Anweisungen möglich seien, diese müssten aber regional begründet sein.

Wie lautet denn Ihre Begründung, liebe Kolleginnen und Kollegen? – Es gibt keine Begründung außer der Aussage: Wir machen es in Bayern anders. Was lernen wir daraus? – Die CSU spielt in Bayern Bundespolitik, nimmt sich wichtig, plustert sich auf, blockiert und verhindert Lösungen, solange es geht – in diesem Fall sind es zwei Jahre –, und wird dann vertragsbrüchig, weil der Geist nicht stimmt. Unter diesem Aspekt muss man fast froh sein, dass die "Jamaika"-Verhandlungen gescheitert sind. Wer will denn mit Ihnen noch Vereinbarungen schließen, wenn man Ihnen nicht vertrauen kann? – Wir müssen immer damit rechnen, dass Sie uns von hinten ins Knie schießen, um dann im Nachgang zu sagen, für uns hat der Geist des Erlasses nicht gestimmt.

Wir GRÜNE sind mit dem gefundenen Kompromiss ganz und gar nicht zufrieden gewesen. Für uns GRÜNE gilt aber das, was Ihnen anscheinend egal ist: Vereinbarungen werden eingehalten. Auf unser Wort kann man bauen. Bei Ihrem Wort weiß man nie, woran man ist. Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie diese Einschätzungen ändern wollen, dann stimmen Sie heute beiden Anträgen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Fackler.

Wolfgang Fackler (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition ist auf dem Holzweg. Wir schlagen den bayerischen Weg ein.

(Volkmar Halbleib (SPD): Alle anderen sind Geisterfahrer!)

Dieser Weg hat schon oft zum Ziel geführt, weil es der richtige Weg ist und weil Bayern mit vielen Maßnahmen erfolgreicher ist.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Alle, die entgegenkommen, fahren falsch, das sagt jeder Geisterfahrer!)

Das Gesetz gilt, es enthält einen Kompromiss, das wurde angesprochen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Geisterfahrerkompromiss!)

Das Gesetz darf nicht nur in seinem Wortlaut gelten, sondern es muss auch nach dem Sinn und Zweck des Kompromisses ausgelegt werden. Das ist entscheidend. Dieser Kompromiss darf nicht durch die Hintertüre ausgehebelt werden. Das ist der maßgebliche Punkt in dem Erlass.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Das wollten Sie aber!)

Es geht um eine angemessene und faire effektive Steuerbelastung. Es geht um den Schutz von Familienunternehmen, um den Schutz von Arbeitsplätzen, um eine betriebswirtschaftliche Sichtweise, und das ist keine Privilegierung. Wenn der Vollzug dem Kompromiss widerspricht, dann ist es eine Benachteiligung von Unternehmen. So schaut es aus. Die Verfassung, das Grundgesetz, sieht ein Recht auf Widerspruch vor.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Die übrigen Bundesländer haben eine zu stark und zu starre profiskalische Sichtweise.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das darf nicht wahr sein!)

Wenn ein Erlass gegen den parlamentarischen Willen geschaffen und damit ein Kompromiss aufgeweicht wird, spielen wir da nicht mit, Herr Kollege Halbleib. Läuft etwas falsch, ist der Widerspruch nicht nur ein Recht, sondern sogar eine Pflicht. Das wissen Sie auch.

(Isabell Zacharias (SPD): Der bayerische Holzweg!)

– Sie sind auf dem Holzweg.

Die Bayerische Verfassung sieht eine Eigentumsgarantie vor. Es geht um den Schutz von Arbeitsplätzen, die Wertschöpfung im Inland und das Weiterführen eines Betriebes. Laut Umfragen des Deutschen Industrie- und Handelskammertages ist gerade die Belastung durch die Erbschaftsteuer ein wesentliches Hindernis bei der Unternehmensnachfolge.

(Widerspruch bei der SPD)

Die Verfassung sieht eben keine Pflicht zur Erhebung einer Erbschaftsteuer vor. Das wissen Sie vielleicht noch gar nicht, obwohl es in vielen Ländern immer noch die Sozialdemokratie gibt.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Viele Länder in Europa erheben gar keine Erbschaftsteuer, weil es sich bei der Erbschaftsteuer um eine Substanzsteuer handelt. Sie ist auch eine Ländersteuer. Deswegen müssen wir genau hinschauen, was wir belasten. Die Länderhoheit darf zum Ausdruck kommen. Wir haben eine eigene bayerische Verantwortung, und die lassen wir zum Tragen kommen. Sie wollen nichts anderes als Erbsen zählen.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Bundestreue und solidarisches Verhalten!)

Gerade bei einer Substanzsteuer ist das überzogen; denn – das wissen Sie auch – es gilt das Übermaßverbot. Eine Steuer darf den Bürger nicht im Übermaß belasten. Wenn Steuersätze von bis zu 50 % greifen – und das bei einer Substanzsteuer –, ist das eine extrem starke Belastung. Das können auch Sie nicht leugnen. Wir haben an dieser Stelle eine besondere Verantwortung. Schreiben Sie es doch einmal mit: Steuerliche Macht dient nicht der Zerstörung, sondern der Bewahrung. Herr Kollege Kränzlein, schreiben Sie es mit, dann brauchen Sie es das nächste Mal nicht mehr von mir zu hören. In Bayern und Deutschland haben wenige Menschen mit Fleiß, Disziplin und Leistung ein großes Vermögen aufgebaut.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Und mit Spekulation!)

– Bauen Sie nicht immer Klischees auf. – Jetzt komme ich zur regionalen Besonderheit. In Bayern haben wir wahrscheinlich das höchste Wertniveau mit den höchsten Preisen in ganz Deutschland. Das ist etwas ganz Entscheidendes. Diese Menschen müs-

sen sich auf uns verlassen können. Auf die CSU ist Verlass.

(Beifall bei der CSU)

Unternehmensvermögen dürfen nicht beschädigt werden. Unternehmensvermögen dienen den Menschen am meisten. Arbeitsplätze und betriebliche Abläufe sollen erhalten bleiben. Das ist der Sinn und Zweck der Steuerentlastung. Laut einer Studie der Sozialforschung ist das für rund 70 % der Menschen ein wesentlicher Faktor.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Das hat das Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt!)

Sie wollen alltägliche Geschäftspraktiken pönalisieren und eine Steuer auf eine Steuer erheben. Damit setzen Sie Arbeitsplätze aufs Spiel. Da machen wir von der CSU nicht mit.

Abschließend möchte ich noch einen weiteren Aspekt nennen. Die Anträge von SPD und GRÜNEN vereint die heimliche Sehnsucht nach einer Welt ohne mühsamen Wettbewerb.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Sie wollen doch dauernd mit uns koalieren!)

Sie reden von einer Vereinheitlichung und Angleichung der Steuergesetze. Ich sage Ihnen: Wettbewerb per se schadet eben nicht. Im Standortwettbewerb darf und muss der Staat auch in fiskalischen Fragen maßvoll und legal handeln.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): So wie in Irland!)

– Irland ist etwas ganz anderes. Das verwechseln Sie immer. Kein einziger Cent wäre nach Deutschland oder Bayern geflossen. Sie verwechseln quasi "apples with pears". Merken Sie sich das.

Wettbewerb ist wie eine Fitnesskur. Wettbewerb verhindert Ineffizienzen. Wettbewerb entlastet auch Unternehmen. Hören Sie bitte auf, irgendwelche pseudomoralischen Hürden aufzubauen. Sie sind auf dem Holzweg.

Das alles wurde bei der Erbschaftsteuer nicht beachtet. Die Praxis wurde nicht gehört. Durch die fehlende Anhörung ist das nicht geschehen. Wir von der CSU haben in diesem Hohen Haus immer das große Ganze im Blick und lehnen deshalb Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine "Weihnachtsstimmung". Ich bin wirklich entsetzt. Herr Kollege Fackler, Sie sagen im Brustton der Überzeugung, die Opposition sei auf dem Holzweg. Dann sinnieren Sie über das Ende der Sozialdemokraten. Lieber Herr Kollege Fackler, ich wäre fast versucht zu sagen, man müsste mal die Distanz zwischen Hirn und Brett nachmessen. – Ich werde es nicht tun.

(Unruhe)

Wenn Sie solche Dinge anbringen, muss man ein wenig deutlicher werden. Herr Kollege Fackler, zumindest haben Sie offensichtlich tief und fest geschlafen, als dieses Thema im Haushaltsausschuss behandelt wurde. Ansonsten hätten Sie bemerkt, dass die Anträge, nicht Gesetzentwürfe, von SPD und GRÜNEN befürwortet wurden, während die CSU und die FREIEN WÄHLER diese Anträge abgelehnt haben. Wenn Sie von Opposition sprechen, zeigt das nicht gerade, dass Sie diesen Beratungen besonders aufmerksam gelauscht haben.

Zur Sache selber: Selbstverständlich sind die Handhabung und Auslegung von Steuergesetzen Ländersache. Darüber ist keinerlei Diskussion zulässig. Die Gesetzgebungskompetenz liegt beim Bund, die Verwaltung ist Ländersache. Herr Kollege Dr. Kränzlein, selbstverständlich ist es nicht skandalös, dass die Rechtsanwendung in Deutschland unterschiedlich und uneinheitlich ist. Das ist schlichtweg die Konsequenz eines funktionierenden Föderalismus.

(Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Die Steuerrichtlinie macht der Bund!)

Jetzt kommt der Satz mit dem Erst-recht-Schluss: Wenn Arbeitseinkommen schon besteuert werden, dann erst recht ererbtes Vermögen. Lieber Herr Kollege Dr. Kränzlein, wir haben beide Jura studiert. Wir lernen schon im ersten Semester: Hüte dich vor dem Erst-recht-Schluss. Das hier ist ein solches Beispiel. Ich sage Ihnen: Wenn Arbeitseinkommen schon besteuert worden sind, dann kann man sie nicht ein zweites Mal der Steuer, nämlich der Erbschaftsteuer, unterwerfen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Herbert Kränzlein (SPD): Das wird beim Erben besteuert!)

Selbstverständlich ist es richtig, dass die bayerische Finanzverwaltung im Rahmen des rechtlich Zulässigen vertretbare Spielräume zugunsten von Arbeitsplätzen und Unternehmen nutzt. Wir stehen nun einmal im Wettbewerb. Wenn wir 100 km nach Süden

gehen, sind wir in Österreich. Österreich hat eben keine Erbschaftsteuer. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, im Übrigen ist Österreich seit 1945 fast ausschließlich sozialdemokratisch regiert worden.

Herr Kollege Kränzlein, Sie sagen völlig richtig, was da passiert, das ist ein völlig unhaltbarer Zustand. Möglicherweise ist dieses Steuergesetz schon wieder verfassungswidrig, wie viele seiner Vorgänger.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Deswegen sagen wir FREIEN WÄHLER: Weg mit dieser Erbschaftsteuer! Wir brauchen keine Erbschaftsteuer. Das hat überhaupt nichts mit der Verschonung von großen Vermögen oder Millionären zu tun, Herr Kollege.

(Reinhold Strobl (SPD): Aber sicher!)

Herr Kollege, schauen Sie doch einmal in das Gesetz: Ab 20.000 Euro zahlen Sie 30 % Erbschaftsteuer, es sei denn, es handelt sich um einen nahen Verwandten. Gerade im Großraum München kann das fatale Folgen haben.

(Reinhold Strobl (SPD): Wo denn?)

Wenn Sie eine Immobilie erben, die Jahr für Jahr im Wert steigt; wenn Sie diese Immobilie erben und bewohnen, dann müssen Sie plötzlich 30 % des Wertes an Erbschaftsteuer zahlen, nur weil Sie mit dem Erblasser nicht verwandt sind. Diese Immobilie müssen Sie verkaufen; denn ab einem bestimmten Alter bekommen Sie gar nicht mehr den Kredit, um diese Immobilie abzuzahlen. Das sind die tatsächlichen Auswirkungen der Erbschaftsteuer. Da geht es nicht um eine Schere zwischen Arm und Reich, sondern es geht um die Abschaffung einer Substanzsteuer, die in das Vermögen eingreift, aber nicht in den Erwerb. Das ist systemwidrig.

(Reinhold Strobl (SPD): Das ist doch vollkommen an der Sache vorbei!)

Wir sagen: Weg mit der Erbschaftsteuer; denn dann sparen wir uns all diese Debatten. Dann sparen wir uns viel Bürokratie. Dann sparen wir uns viel Streit: Die Welt wird gerechter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU
– Zuruf von der SPD: Ha, ha!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Dringlichkeitsanträge zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/18270 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/18251 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die FREIEN WÄHLER. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich gebe nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018", Drucksache 17/17552, bekannt. Mit Ja haben gestimmt 65, mit Nein haben gestimmt 83. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit ist die Sitzung für heute geschlossen. Wir wünschen einen schönen Abend. Zum Parlamentarischen Abend um 19.00 Uhr bitten wir Sie hinüber.

(Schluss: 16.53 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
 Strategien gegen weibliche Altersarmut
 Drs. 17/15853, 17/19307 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
 Expertenanhörung: Sicherung der wohnortnahen Versorgung in der Kommune
 Drs. 17/16508, 17/18979 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Bernhard Roos u.a. SPD
Gut leben in der Stadt XVI
Alternative Antriebe im innerstädtischen Verteilerverkehr voranbringen
Drs. 17/16644, 17/19462 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Verbesserung der Umweltrichtlinien im öffentlichen Auftragswesen
Drs. 17/16669, 17/19463 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wochenarbeitszeit in der Gastronomie
Drs. 17/16786, 17/19344 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte u.a. SPD
Digitalisierung bündeln – Jetzt handeln
Drs. 17/16807, 17/19464 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Befreiungen der stromintensiven Unternehmen schrittweise abbauen.
Drs. 17/17313, 17/19466 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bau von Stromspeichern durch Verteilnetzbetreiber erleichtern
Drs. 17/17314, 17/19467 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Horst Arnold, Florian von Brunn u.a. SPD
„100 Prozent reines Bienenwachs“ als geschützter Begriff auch für Imker
Drs. 17/17748, 17/19357 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Kathrin Sonnenholzner, Bernhard Roos SPD
Ausbau der S 4 vorantreiben
Drs. 17/17753, 17/19468 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Georg Rosenthal, Inge Aures u.a. SPD
Keine Zweckentfremdung von Entwicklungshilfegeldern!
Drs. 17/17821, 17/19460 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Sicherung der Gewässergüte in Bayern Teil I –
Bericht zu den Zwischenergebnissen des Forschungsvorhabens
„Landwirtschaft und Grundwasserschutz“
Drs. 17/17970, 17/19350 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Sicherung der Gewässergüte in Bayern Teil II –
Demonstrationsbetriebe zur gewässerschonenden Landbewirtschaftung
Drs. 17/17971, 17/19351 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Anton Kreitmair, Dr. Otto Hünnerkopf,
Angelika Schorer u.a. CSU
Schonender Umgang mit Boden – Schädliche Bodenveränderungen vermeiden
Drs. 17/18032, 17/19469 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Afrikanische Schweinepest in Tschechien Teil I –
Hilfsmittel für unsere Jägerinnen und Jäger
Drs. 17/18272, 17/19352 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Afrikanische Schweinepest in Tschechien Teil II –
Unterstützung unser bayerischen Jägerinnen und Jäger sicherstellen
Drs. 17/18273, 17/19353 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Verwendung der Breitbandfördermittel
Drs. 17/18276, 17/19470 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für ein effektives Parkraummanagement: Höhe der Parkgebühren den Kommunen
überlassen
Drs. 17/18335, 17/19338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kein Ausbau datenschutzfeindlicher, diskriminierender Videoüberwachung
Drs. 17/18337, 17/19337 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Taktverdichtung auf der Bahnstrecke Mühldorf – Salzburg
Drs. 17/18338, 17/19471 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Isabell Zacharias, Kathi Petersen u.a. SPD
Nachhaltige Förderung von Studierendenwohnungen
Drs. 17/18359, 17/19456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD
Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht – Investitionsprogramm zur Schaffung von zusätzlichen Lagerkapazitäten im Bereich der organischen Dünger aus der Tierhaltung
Drs. 17/18362, 17/19354 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Ruth Waldmann u.a. SPD
Vereinfachung der Genehmigung von Übungsfahrten von ehrenamtlichen Rettungskräften auf bayerischen Gewässern
Drs. 17/18366, 17/19348 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Gemeinsame Schwerpunktkontrollen effizient weiterentwickeln
Drs. 17/18368, 17/19335 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Nachhaltigen Waldumbau weiter voranbringen
Drs. 17/18391, 17/19355 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD
Personalzuteilung für das Polizeipräsidium Oberbayern Nord
Drs. 17/18445, 17/19482 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zu Grunde zulegen

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Roos, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD
Förderung des Wasserstoffantriebs im Zugverkehr
Drs. 17/18446, 17/19472 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl,
Andreas Lotte u.a. SPD
Regionale Energieagenturen fördern!
Drs. 17/18448, 17/19473 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Florian Ritter, Horst Arnold u.a. SPD
Mordanschlag vom 22.07.2016 beim Olympia-Einkaufszentrum in München –
Motive und Hintergründe des Täters David S.
Drs. 17/18473, 17/19334 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kreuzkräuter in Bayern – Gefahren erkennen und handeln!
Drs. 17/18495, 17/19444 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Nachwuchsgewinnung in den technischen Diensten
Drs. 17/18498, 17/19300 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf u.a. CSU
Alm- und Alpbewirtschaftung sowie Weidebewirtschaftung erhalten und fördern –
Verbreitung des Wolfs in den bayerischen Alpen und in Weidegebieten
entgegenzutreten
Drs. 17/18572, 17/19445 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Sturmholz liegen lassen – Potenziale für Naturschutz im Privatwald nutzen
Drs. 17/18586, 17/19356 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Anerkennung von Bienenweiden
Drs. 17/18587, 17/19446 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

35. Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Gudrun Brendel-Fischer, Eric Beißwenger u.a. CSU
Forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse in Bayern zukunftsfähig ausrichten
Drs. 17/18785, 17/19449 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

36. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayerisches Kulturlandschaftsprogramm wieder attraktiver gestalten: Förderung von extensiver Grünlandnutzung auch über 1,76 GV/ha HFF einführen!
Drs. 17/18593, 17/19447 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Reinhold Strobl, Harald Güller, Susann Biedefeld u.a. SPD
Unterschiedliche Behandlung von Sturmschäden –
Entschädigungsleistungen bei Unwetter
Drs. 17/18654, 17/19448 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Herbert Woerlein, Florian von Brunn u.a. SPD
Verbot der Haltung bestimmter wild lebender Tierarten im Zirkus
Drs. 17/18655, 17/19347 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die SPD-Fraktion hat beantragt das Votum „Zustimmung“ der Abstimmung zu Grunde zu legen

39. Antrag der Abgeordneten Natascha Kohnen, Annette Karl, Andreas Lotte u.a. und Fraktion (SPD)
Keine bürokratischen Monster beim Stromleitungsbau – gesetzliche Möglichkeiten ausschöpfen
Drs. 17/18698, 17/19474 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

40. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anpassung des Gleichstellungsgesetzes – Regelungen zum Schutz vor sexueller Belästigung aufnehmen
Drs. 17/18722, 17/19301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

41. Antrag der Abgeordneten Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier, Norbert Dünkel u.a. CSU
Prüfung von Vereinfachungsmöglichkeiten bei der Genehmigung von Motorboot-Übungsfahrten ehrenamtlicher Rettungskräfte auf bayerischen Gewässern
Drs. 17/18814, 17/19349 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

42. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Oliver Jörg, Dr. Florian Herrmann u.a. CSU
Landmaschinentechnisches Brauchtum stärken – Schlepper-Gespann-Ausfahrten mit Personentransport entkriminalisieren
Drs. 17/18815, 17/19331 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.12.2017 zu Tagesordnungspunkt 3: Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Stefan Schuster u. a. SPD; Zukunftsprogramm Westmittelfranken (Drucksache 17/16204)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			X
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert			
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X
Gerlach Judith		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.			
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes			
Hözl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			X
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			X
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			X
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			X
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			X
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			X
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	55	86	15

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.12.2017 zu Tagesordnungspunkt 4: Antrag der Abgeordneten Susann Biedefeld, Stefan Schuster, Dr. Christoph Rabenstein u. a. SPD; Verzicht auf die Sperre frei werdender Stellen beim Zentrum Bayern Familie und Soziales nach Art. 6b des Haushaltsgesetzes 2017/2018 (Drucksache 17/17552)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gibis Max		X	
Aigner Ilse		X		Glauber Thorsten	X		
Aiwanger Hubert				Dr. Goppel Thomas		X	
Arnold Horst	X			Gote Ulrike			
Aures Inge	X			Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Haderthauer Christine		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann				Hartmann Ludwig			
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.			
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim			
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
Celina Kerstin	X			Hiersemann Alexandra	X		
Deckwerth Ilona	X			Hintersberger Johannes			
Dettenhöfer Petra		X		Hözl Florian		X	
Dorow Alex		X		Hofmann Michael		X	
Dünkel Norbert				Holetschek Klaus		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Hopp Gerhard			
Eck Gerhard				Huber Erwin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Huber Marcel			
Eisenreich Georg				Dr. Huber Martin		X	
Fackler Wolfgang		X		Huber Thomas		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Fehlner Martina	X			Huml Melanie			
Felbinger Günther				Imhof Hermann		X	
Flierl Alexander		X		Jörg Oliver		X	
Freller Karl		X		Kamm Christine	X		
Füracker Albert		X		Kaniber Michaela		X	
Ganserer Markus				Karl Annette	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kirchner Sandro		X	
Gehring Thomas	X			Knoblauch Günther	X		
Gerlach Judith		X		König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
				Kränzle Bernd		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen			
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	65	83	0